



Europäische
Kommission

HERBST 2015 ▶ Nr. 54

panorama

inforegio

▶ Die Energieunion vorantreiben

Mit Unterstützung der Kohäsionspolitik

- ▶ Investitionen zur Unterstützung der europäischen Wirtschaft mobilisieren
- ▶ Regionen durch intelligente Spezialisierung verändern
- ▶ Kapazitätsaufbau und effiziente öffentliche Verwaltung

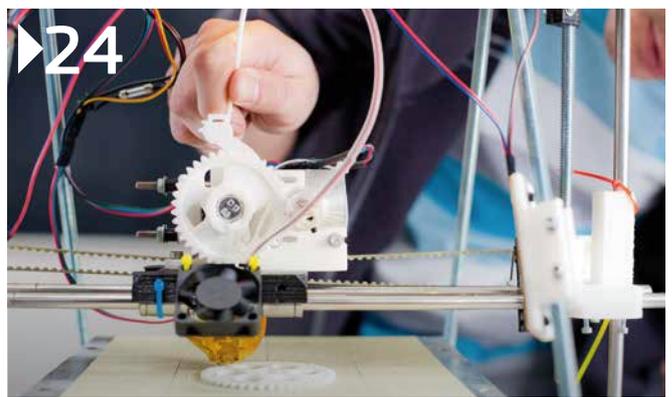
Regionalpolitik
und Stadtentwicklung





Titelbild: Testgeräte zur Stromerzeugung aus Wellenenergie (Wave Hub, Vereinigtes Königreich).

► EDITORIAL	3
Corina Crețu, EU-Kommissarin für Regionalpolitik	
SCHWERPUNKT	
► DIE ENERGIEUNION VOR ORT UMSETZEN	4-7
► EU-FONDS MOBILISIEREN, DAMIT SICH GRIECHENLAND EINE NACHHALTIGE ZUKUNFT AUFBAUEN KANN	8-9
INTERVIEWS	
► GRIECHENLAND – THESSALIEN NIMMT DIE ZUKUNFT INS VISIER	10-11
Dr. Kostas Agorastos, Regionalgouverneur von Thessalien	
► REGIONEN ALS PIONIERE FÜR ZUKÜNFTIGES WACHSTUM	12-13
Markku Markkula, Präsident des Ausschusses der Regionen	
► SLOWAKEI ÜBERNIMMT DIE FÜHRUNG	14-15
Ľubomir Važny, Stellvertretender Ministerpräsident für Investitionen	
► ESTLAND: KONZENTRATION AUF WETTBEWERBSFÄHIGKEIT UND WACHSTUM	16-17
Sven Sester, Finanzminister	
► FÖRDERUNG EINER EFFIZIENTEN ÖFFENTLICHEN VERWALTUNG	18-19
► KOMMUNIKATION DER EU-FONDS AUF LOKALER EBENE	20-21
► ALLGEMEINE BEKANNTHEIT UND WAHRNEHMUNG DER EU-REGIONALPOLITIK	22-23
Ergebnisse der jüngsten Eurobarometer-Umfrage	
► REGIONALE VOLKSWIRTSCHAFTEN DURCH INTELLIGENTE SPEZIALISIERUNG VERWANDELN	24-29
► REGIOSTARS 2015	30-31
► MIT EIGENEN WORTEN	32-35
So sehen Interessenvertreter die Kohäsionspolitik 2014-2020	
► NACHRICHTEN IN KÜRZE	36-37
► NEUER LEITFADEN ZUR KOSTEN-NUTZEN-ANALYSE IN DER PROJEKTBEURTEILUNG	38-39
► MESSUNG DER FORTSCHRITTE IM HINBLICK AUF EUROPA 2020	40-41
► PROJEKTE	42-43
Projektbeispiele aus Dänemark und Griechenland	
► TERMINE	44



Fotos (Seiten):
 Titelbild: Bild bereitgestellt von Wave Hub Ltd.
 Seiten 3, 8, 19, 28-29, 31, 37, 38: © Europäische Kommission
 Seiten 4-7: Vereinigtes Königreich: Bild bereitgestellt von Welsh School of Architecture – Universität von Cardiff; Estland: © Kaarel Langemets; Frankreich: Laurent Ghekiere © Union sociale pour l'habitat
 Seite 9: © Discoveroom
 Seiten 10-11: © Region Thessalien
 Seite 12: © Ausschuss der Regionen
 Seiten 13, 26: Shutterstock
 Seiten 14-15: Regierungsbüro der Slowakischen Republik
 Seite 16: © Finanzministerium Estland
 Seite 17: © Seaplane Harbour/A.-Maasik
 Seite 21: © Maciej Śmiarowski/KPRM
 Seiten 32-35: Irland © MEFSS; Litauen © Finanzministerium, Litauen; Portugal © azores.gov.pt
 Seite 36: © INSULEUR/Clément Bonnay
 Seiten 42-43: Griechenland © Incredibleblue;
 Dänemark © Little Smart Things

Dieses Magazin ist in gedruckter Form auf Recycling-Papier in englischer, französischer, deutscher, bulgarischer, griechischer, spanischer, italienischer, polnischer und rumänischer Sprache verfügbar. Online-Fassungen sind in 22 Sprachen abrufbar unter http://ec.europa.eu/regional_policy/de/information/publications/panorama-magazine/

Diese Ausgabe wurde im August 2015 abgeschlossen.

RECHTLICHER HINWEIS

Die Europäische Kommission und die in ihrem Namen handelnden Personen übernehmen keine Verantwortung für die Verwendung der in diesem Bericht enthaltenen Angaben bzw. für eventuelle, trotz der sorgfältigen Vorbereitung und Prüfung der Texte noch vorhandene Fehler. Das vorliegende Dokument spiegelt nicht den Standpunkt der Europäischen Kommission wider.

Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2015

ISSN 1725-8294

© Europäische Union, 2015

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

Zwecks Nutzung bzw. Wiedergabe von urheberrechtlich geschützten Inhalten, die als solche gekennzeichnet sind, ist die Genehmigung der Urheberrechtsinhaber einzuholen.

Printed in Belgium



▶ EDITORIAL

Corina Crețu
EU-Kommissarin für Regionalpolitik

Nach der jüngsten Vereinbarung über ein neues Unterstützungsprogramm für Griechenland verkündete die Kommission, dass bis 2020 über 35 Mrd. EUR aus dem EU-Haushalt in die griechische Wirtschaft fließen werden, um Arbeitsplätze und Wachstum zu schaffen.

Die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds werden einen bedeutenden Beitrag zur Wiederbelebung der griechischen Wirtschaft leisten. Durch die im letzten Dezember angenommenen operationellen Programme kann Griechenland im Zeitraum 2014-2020 über 20 Mrd. EUR erhalten, um Investitionen in Forschung und Entwicklung, IKT, Wettbewerbsfähigkeit von KMU, Energieeffizienz, nachhaltige Stadtentwicklung, Bildung und soziale Integration zu unterstützen. Die griechischen Behörden können nun beginnen, diese Ziele in die Realität umzusetzen.

Energieunion

Wir waren aktiv an der Vorbereitung des Pakets für die Energieunion beteiligt, das im Februar 2015 von der Kommission angenommen wurde. Es legt eine Strategie fest, um eine widerstandsfähige Energieunion mit einer zukunftsorientierten Politik für den Klimawandel aufzubauen. Da zur Energiestrategie ein so starkes regionales Element gehört, wird die EU-Kohäsionspolitik eine entscheidende Rolle dabei spielen, die Energieunion vor Ort zu verwirklichen. Dazu wird eine deutliche Steigerung der Finanzierung für den Aufbau einer CO₂-armen Wirtschaft, einschließlich Investitionen in nachhaltige Energie – Energieeffizienz, erneuerbare Energie und intelligente Verteilernetze – und in einen nachhaltigen multimodalen Stadtverkehr gehören. Den Mitgliedstaaten wurden dafür in ihren Partnerschaftsvereinbarungen bereits Mittel in Höhe von ungefähr 38 Mrd. EUR zugewiesen.

Open Days

Das Motto der diesjährigen Ausgabe der OPEN DAYS lautet: „Europas Regionen und Städte: Partner für Investitionen und Wachstum“. Die Europäische Woche der Regionen und Städte 2015 konzentriert sich auf KMU und die Schaffung von Arbeitsplätzen, den digitalen Binnenmarkt, Energie sowie die städtische und ländliche Entwicklung.

Durch die 351,8 Mrd. EUR, die im Zeitraum 2014-2020 für Investitionen in Europas Regionen, Städte und Realwirtschaft zur Verfügung stehen, sind die Mittel der Kohäsionspolitik das Hauptinvestitionsinstrument der EU und die OPEN DAYS 2015 bieten nationalen und regionalen Verwaltungsbehörden, Empfängern und EU-Institutionen eine ideale Plattform, um Ansichten auszutauschen sowie angemessene und pragmatische Ansätze zur Nutzung der Mittel zu entwickeln.

Auf den OPEN DAYS findet auch das Finale der diesjährige Ausgabe der RegioStars statt, bei dem wieder einige der innovativsten und inspirierendsten Projekte, die mit Mitteln der EU-Kohäsionspolitik unterstützt wurden, ihre aufregenden und originellen Initiativen in den Bereichen intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum sowie städtische Transformation vorstellen. Aus 143 Beiträgen wurden 17 Projekte ausgewählt, die um diesen renommierten Preis kämpfen.

Crețu

► DIE ENERGIEUNION VOR ORT UMSETZEN

Das Paket für die Energieunion wurde im Februar 2015 von der Europäischen Kommission angenommen. Es legt eine Strategie fest, um eine widerstandsfähige Energieunion in Kombination mit einer zukunftsorientierten Politik für den Klimawandel aufzubauen. Die GD Regionalpolitik und Stadtentwicklung war aktiv an der Vorbereitung des Gesetzgebungspakets für die Energieunion beteiligt und wird durch ihre Investitionsprogramme eine wesentliche Rolle dabei spielen, die CO₂-arme Wirtschaft in Europa Wirklichkeit werden zu lassen.

Zu der neuen Strategie für die Energieunion gehören fünf eng miteinander verknüpfte und sich gegenseitig stärkende politische Elemente:

- Energiesicherheit.
- Ein vollständig integrierter Energiebinnenmarkt.
- Energieeffizienz.
- Umstellung auf eine CO₂-arme Wirtschaft.
- Forschung, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit.

In diesen Bereichen spielt die Kohäsionspolitik eine herausragende Rolle dabei, um die richtigen Investitionen zu ermöglichen und kann außerdem entscheidende Hilfe vor Ort leisten. Der Großteil der Beträge wird in die Steigerung der Finanzierung für die CO₂-arme Wirtschaft fließen, die umfassende Nutzung von Finanzinstrumenten, in mehr technische Hilfe und Kapazitätsaufbau, um den Mitgliedstaaten und Regionen zu helfen, angemessene Projekte zu entwickeln und umzusetzen. Diese Investitionen werden einen erheblichen Beitrag zu allen Aspekten der Strategie für die Energieunion leisten.

Die entscheidende Verbindung

Die Kohäsionspolitik ist ein wesentlicher Faktor in der Strategie für die Energieunion, da sie eine unmittelbare Verbindung zwischen den politischen Entscheidungsträgern in Regionen und Städten herstellt. Die GD Regionalpolitik und Stadtentwicklung verfügt über jahrelange Erfahrung bei der Arbeit auf grenzüberschreitender, regionaler und lokaler Ebene – ein wesentlicher Punkt für die praktische Umsetzung vor Ort.

Durch die operationellen Programme mit den Mitgliedstaaten für 2014-2020 wurden CO₂-armen Investitionen (im Rahmen des 4. thematischen Ziels) ungefähr 39 Mrd. EUR zugewiesen – doppelt so viel wie im vorhergehenden Programmzeitraum. Zur CO₂-armen Wirtschaft gehören sowohl Investitionen in nachhaltige Energie – Energieeffizienz, erneuerbare Energie und intelligente Verteilernetze – als auch in einen nachhaltigen multimodalen Stadtverkehr, einschließlich der dazugehörigen Forschung und Innovation.

Darüber hinaus stehen Mittel für den CO₂-armen Verkehr und modulare Umstellungen sowie für intelligente Energieinfrastruktur zur Verfügung (im Rahmen des 7. thematischen Ziels).

Investitionsprioritäten

Zu den Investitionen in nachhaltige Energie gehört ein unterschiedener Fokus auf Energieeffizienz, insbesondere im Wohnungsbau und bei öffentlichen Gebäuden (oder anderer öffentlicher Infrastruktur) sowie in Unternehmen, wobei der Schwerpunkt auf KMU liegt. Erhebliche Summen werden für Investitionen in erneuerbare Energie, hocheffiziente Kraftwärmekopplung und Fernwärme sowie intelligente Verteilernetze bereitgestellt.

Die Kohäsionspolitik unterstützt auch Investitionen in Infrastruktur für intelligente Strom- und Gasverteilungs-, -speicher- und -übertragungssysteme, vor allem in weniger entwickelten Regionen. Solche Infrastrukturen müssen zur Entwicklung intelligenter Systeme beitragen und Investitionen ergänzen, welche die Umstellung auf eine CO₂-arme Wirtschaft fördern.

Die kohäsionspolitischen Mittel unterstützen auch die CO₂-Reduzierung im Verkehr, sodass er energieeffizienter wird und eine modulare Umstellung erreicht wird. Die Investitionen nehmen hauptsächlich den nachhaltigen multimodalen Stadtverkehr, Schienenverkehr, Wasserstraßen, multimodales Reisen, intelligente Verkehrssysteme, saubere öffentliche Fahrzeuge und alternative Kraftstoffe ins Visier.





VEREINIGTES KÖNIGREICH

Erstes „intelligentes“ vom EFRE finanziertes CO₂-positives Haus

Spezialisten für CO₂-Reduzierung der Universität Cardiff in Wales haben im Vereinigten Königreich das erste intelligente Spezialhaus mit niedrigen Energiekosten konzipiert und gebaut, das in der Lage ist, mehr Energie in das nationale Stromnetz einzuspeisen als es entnimmt.

Das Haus wurde im Rahmen des SOLCER-Projekts des Wales Low Carbon Research Institute gebaut und teilweise vom EFRE finanziert. Sein einzigartiges Design kombiniert zum ersten Mal einen geringeren Energiebedarf, die Versorgung mit erneuerbaren Energien und Energiespeicherung, um ein energiepositives Haus zu schaffen.

Um den Energiebedarf drastisch zu reduzieren, wurde für das Haus ein hohes Maß an Wärmeisolierung verwendet, was zu einer geringeren Luftleckage führt. Zu seinem innovativen energieeffizienten Design gehören CO₂-armer Zement und strukturelle Dämmplatten und auf dem nach Süden gerichteten Dach sind verglaste Solarmodule angebracht, die vollständig in das Gebäudedesign integriert sind, sodass der Bereich unterhalb des Dachs natürlich ausgeleuchtet werden kann.

Privatinvestitionen anziehen

Es wird erwartet, dass private Finanzierungsquellen den Großteil der Investitionen im Energiebereich abdecken werden, da die meisten Projekte Einnahmen aus dem Verkauf erneuerbarer Energie oder niedrigeren Energierechnungen aufgrund von Investitionen in Energieeffizienz generieren. In den Fällen, in denen Projektförderer keine ausreichende Finanzierung am Markt sichern können oder Projekte die Investitionen nicht vollständig zurückzahlen können, kann öffentliche Unterstützung bereitgestellt werden.

Um knappe öffentliche Mittel besser nutzen zu können, wird der Einsatz von Finanzinstrumenten erhöht. Die Investitionsinitiative der Kommission sieht vor, dass ungefähr 20% der Investitionen in Projekte zur CO₂-Reduzierung durch Finanzinstrumente unterstützt werden.

Indem EU-Mittel Unterstützung durch Kredite, Bürgschaften und Eigenkapital bereitstellen, ziehen sie weitere öffentliche und private Finanzierungen an. Ein weiterer Vorteil von Finanzinstrumenten, insbesondere Darlehen und Eigenkapital, ist, dass sie aufgrund ihrer revolvingen Art Unterstützung weit über das Ende des Programmplanungszeitraums hinaus bereitstellen könnten. Finanzhilfen können immer noch als Ergänzung dienen, um zum Beispiel



ESTLAND

Finanzierung der Sanierung von Wohnblöcken

2009, auf dem Höhepunkt der Finanz- und Wirtschaftskrise, richtete Estland einen Kreditfonds für Wohnblöcke ein und war somit das erste Land, das die EU-Strukturfonds in Sanierungsprogramme für Wohnblöcke lenkte. Das Instrument fasste 17,7 Mio. EUR aus dem EFRE, einen Kredit der Entwicklungsbank des Europarats (CEB) in Höhe von 28,8 Mio. EUR sowie 20,2 Mio. EUR aus nationalen Quellen zusammen und wurde von KREDEX, einer nationalen Förderungs- und Entwicklungsbank, die als Verwalterin des Holdings-Fonds fungierte, sowie zwei gewerblichen Banken als zwischengeschaltete Stellen für die Finanzierung umgesetzt.

Bisher (d. h. bis November 2014) sind über 600 Gebäude saniert worden, was zu einer besseren Energieeffizienz und besseren Lebensbedingungen in über 22 000 Wohnungen geführt hat. Das Programm, das mit Hilfe für die Projektentwicklung und leistungsabhängigen Finanzhilfen kombiniert werden konnte, hat den Weg für die private Finanzierung in dieser Branche im Zeitraum 2014-2020 geebnet.

Vgl. den Artikel zu Energieeffizienzsanierungen in Wohnblöcken in [Litauen auf Seite 34](#).

umfassende Gebäudesanierungen zu unterstützen, die über rechtliche Mindestanforderungen an die Energieleistung hinausgehen, um die Entwicklung innovativer Technik zu fördern oder soziale Probleme anzugehen.

Es ist jedoch unerlässlich, dass die Mitgliedstaaten und Regionen sicherstellen, dass öffentliche Mittel private Investitionen nicht ersetzen, sondern ergänzen und deren Wirkung erhöhen.

Finanzinstrumente

Verwaltungsbehörden werden ermutigt zu prüfen, ob eine umfassendere Nutzung von Finanzinstrumenten möglich ist, damit diese eine größere Wirkung erzielen können. Um ihre Umsetzung zu unterstützen, können Standardinstrumente eingeführt werden, zum Beispiel Finanzinstrumente für Darlehen für Energieeffizienz und erneuerbare Energien im Wohnungsbau sowie „Sanierungsdarlehen“.

Die Europäische Investitionsbank und die Kommission haben ein spezielles Forum für die technische Hilfe eingeführt, *fi-Compass*, das praktisches Know-how und Lerninstrumente zur Nutzung von Finanzinstrumenten bereitstellt. Die *fi-Compass*-Website bietet Verwaltungsbehörden, zwischengeschalteten Finanzierungsstellen und anderen Interessierten Leitlinien, Handbücher und Fallstudien.

Netzwerk für Verwaltungsbehörden

Um die Mitgliedstaaten bei der Umsetzung ihrer Energieinvestitionen zu unterstützen, haben die GDs Regionalpolitik und Stadtentwicklung sowie Energie ein informelles Netzwerk der Energie- und Verwaltungsbehörden (EMA) ins Leben gerufen. Es möchte regelmäßig Vertreter von Energiebehörden und kohäsionspolitischen Verwaltungsbehörden zusammenbringen, um einen guten Dialog sicherzustellen und die Zielgerichtetheit von Projekten zu optimieren.

Die Netzwerkmitglieder sind am besten in der Lage, die Verbindungen zwischen den politischen Zielen der Energieunion und den kohäsionspolitischen Mitteln zu verstehen und vorherzusehen, wie die Bedürfnisse nach Energieinvestitionen mit denen der Regionen zusammenpassen, um über Herausforderungen zu sprechen und Lösungen zu finden.

Intelligente Spezialisierung

Die GDs Regionalpolitik und Stadtentwicklung sowie Energie und die Gemeinsame Forschungsstelle haben im Mai 2015 gemeinsam ein Forum für intelligente Spezialisierung im Bereich Energie eingerichtet. Das bei der Gemeinsamen Forschungsstelle in Sevilla angesiedelte Forum wird sich insbesondere mit Energieinnovation sowie der umfassenden Aufnahme von Energieprojekten in den Regionen und Städten der EU befassen ([weitere Informationen finden Sie in Panorama 53](#)).

Nachhaltige Energie gehört zu den häufigsten Schwerpunkten der intelligenten Spezialisierung. Weit über 100 Mitgliedstaaten und Regionen – bzw. zwei Drittel derjenigen, die im Forum für intelligente Spezialisierung registriert sind – haben Forschung, technische Entwicklung und Innovation im Bereich nachhaltige Energie als Schwerpunkt ihrer nationalen bzw. regionalen Strategien für intelligente Spezialisierung angegeben.

Gemeinschaftlicher Besitzstand im Energiebereich – Anreiz zur Umsetzung

Es gibt immer noch viele Bereiche, in denen EU-Gesetze nicht angemessen in nationales Recht umgesetzt werden. Dies führt normalerweise zur Einleitung von – manchmal langwierigen und bitteren – Vertragsverletzungsverfahren gegen die betroffenen Mitgliedstaaten. Der neue Prozess in der reformierten Kohäsionspolitik der Genehmigung im Voraus, die sogenannten „*Ex-ante*-Konditionalitäten“ eröffnen die Möglichkeit, die Umsetzung maßgeblicher Bestimmungen der Gesetzgebung zu einer Voraussetzung für den Erhalt von Mitteln zu machen.

Eine Reihe dieser *Ex-ante*-Konditionalitäten hängen unmittelbar mit EU-Richtlinien im Energiebereich zusammen, z. B. mit der Richtlinie über die Energieeffizienz von Gebäuden (EPBD), der Energieeffizienzrichtlinie (EED) oder der Erneuerbare-Energien-Richtlinie. Sie sind ein Extraanreiz für die Mitgliedstaaten, zu tun, wozu sie sich verpflichtet haben. Die Konditionalitäten erweisen sich als wichtiger „Stimulus“ für Maßnahmen und beschleunigen bereits die Umsetzung relevanter Bestandteile des Gemeinschaftlichen Besitzstandes aus dem Energiebereich in nationales Recht durch die Mitgliedstaaten.

Führung und fehlende Verbindungen

Im Bereich der Gebäudeeffizienz hat die EU mit der EPBD- und der Erneuerbare-Energien-Richtlinie den Weg für die Modernisierung nationaler Bauordnungen und die Anhebung der Energieeffizienznormen für Bau und Sanierung bereitet.



FRANKREICH

EFRE unterstützt nachhaltige Energieinvestitionen im sozialen Wohnungsbau

Während des Programmplanungszeitraums 2007-2013 richteten die französischen Regionen ihre EFRE-Programme umfassend neu aus, um Energiesanierungen im sozialen Wohnungsbau zu finanzieren. Es wurde ein spezifisches Finanzinstrument (*éco-prêt logement social*) eingerichtet, um energietechnische Sanierungen zu beschleunigen, und EFRE-Mittel wurden in einem Beihilfeprogramm als weitere Finanzierungsressource genutzt. Mit EFRE-Investitionen in Höhe von durchschnittlich 3 276 EUR pro Wohnhaus (17 % der Gesamtinvestitionen) konnten fast 60 000 Haushalte von einer besseren energietechnischen Leistung profitieren und es wurden ungefähr 15 000 Arbeitsplätze vor Ort geschaffen.

Frankreichs Programm zur energietechnischen Sanierung von Wohngebäuden wurde 2013 ins Leben gerufen und hat sich ehrgeizige Ziele gesetzt, nämlich die Sanierung von jährlich 500 000 Wohnhäusern, um ökologische, wirtschaftliche und soziale Probleme (Heizmittelarmut) anzugehen.



Mit Unterstützung der Kohäsionspolitik stellt die EU heute sowohl einen vollständigen politischen Rahmen für Energieeffizienz im Bauwesen sowie die fehlende Verbindung – nämlich die Finanzierung – bereit.

Jenseits der Finanzierung

Die kohäsionspolitische Unterstützung geht weit über die Finanzierung hinaus. Wie einige der erwähnten Initiativen zeigen, unterstreicht sie die wichtigsten Voraussetzungen wie technische Hilfe, Kapazitätsaufbau und Unterstützung für die weitergehende Nutzung von Finanzinstrumenten.

Die Politik ist auch wichtig, wenn es um die Berücksichtigung des territorialen Aspekts geht. Die makroregionalen Strategien der EU (Ostseeraum, Donauraum, Adria-Ionisches Meer und Alpenraum) sowie die Europäische Territoriale Zusammenarbeit – INTERREG – können in dieser Hinsicht ebenfalls eine wichtige Rolle spielen, indem sie Energiefragen, darunter den Wissens- und Erfahrungsaustausch, weiter fördern und unterstützen. Die Kohäsionspolitik bietet darüber hinaus spezifische Unterstützung für die integrierte Stadtentwicklung und grenzüberschreitende Planung.

Zukunft

Der Investitionsbedarf im Bereich Energie ist enorm und das letztendliche politische Ziel lautet, sicherzustellen, dass Mängel des Marktes angegangen werden, sodass lebensfähige Märkte entstehen. Gleichzeitig muss das übergeordnete kohäsionspolitische Ziel des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts berücksichtigt werden. Durch ihre langjährige Erfahrung mit der Steuerung der regionalen Entwicklung in ganz Europa hat die Kommission eine Fülle an regionalem und lokalem Wissen aufgebaut und ist ideal aufgestellt, um über verschiedene politische Ansätze hinweg einen integrierten Ansatz bereitzustellen.

Tatsächlich werden entsprechend einiger Hauptziele der Energieunion kohäsionspolitische Investitionen dazu beitragen, kostenaufwendige Energieimporte zu senken, die Energiequellen zu diversifizieren, die Energiearmut zu bekämpfen und Emissionen zu verringern sowie Arbeitsplätze zu schaffen und kleine und mittlere Unternehmen zu unterstützen. Investitionen in den Bereich Energie werden auch das regionale Wachstum stützen und geschäftliche Chancen für viele Unternehmen schaffen, z. B. für KMU im Bauwesen. So wird die Kohäsionspolitik einen Beitrag zu allen fünf Aspekten der Energieunion leisten.

► MEHR DAZU

http://ec.europa.eu/regional_policy/de/policy/themes/low-carbon-economy/

► EU-FONDS MOBILISIEREN, DAMIT SICH GRIECHENLAND EINE NACHHALTIGE ZUKUNFT AUFBAUEN KANN

Griechenland erlebt derzeit einen der entscheidendsten Augenblicke seiner jüngeren Geschichte. Vor diesem Kontext schürt die Ankündigung des Plans für Wachstum und Beschäftigung der Kommission die Hoffnung auf den Aufbau einer produktiven und innovativen Wirtschaft, die den Zusammenhalt und eine nachhaltige Zukunft untermauern kann.

Mit der Vereinbarung über das neue Unterstützungsprogramm für Griechenland verkündete die Kommission, dass bis 2020 über 35 Mrd. EUR aus dem EU-Haushalt für die griechische Wirtschaft mobilisiert werden, um Arbeitsplätze und Wachstum zu schaffen.

Die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) werden den größten Beitrag zu dieser Summe leisten. Durch die im letzten Dezember angenommenen operationellen Programme kann Griechenland im Zeitraum 2014-2020 über 20 Mrd. EUR erhalten, um Investitionen in Forschung und Entwicklung, IKT, Wettbewerbsfähigkeit von KMU, Energieeffizienz, nachhaltige Stadtentwicklung, Bildung und soziale Integration zu unterstützen.

Es wird jede nur erdenkliche Anstrengung unternommen, um sicherzustellen, dass Griechenland seine derzeitigen Schwierigkeiten überwinden und sich auf den Weg zu einer nachhaltigen Erholung machen kann. Um die griechische Wirtschaft wieder auf Kurs zu bringen, wird der konzentrierte Investitionsplan eingerichtet, damit Ressourcen der EU, insbesondere die ESI-Fonds, als Katalysatoren für andere private und nationale öffentliche Investitionen dienen können. Er soll griechischen Firmen Wachstumschancen auf dem Markt bieten, Innovations- und Technologiekapazitäten ansteigen lassen sowie die Wettbewerbsvorteile des Landes nutzen und dabei gleichzeitig die Leistung des öffentlichen Sektors und die Bereitstellung von Dienstleistungen für die Bürger verbessern.

EU-Förderung für öffentliche Investitionen

Im Verlauf seiner 34-jährigen EU-Mitgliedschaft hat Griechenland enorm von der europäischen Solidarität profitiert. Seit dem Beitritt des Landes im Jahr 1981 wurden im Rahmen



► VON LINKS NACH RECHTS:
 VALDIS DOMBROVSKIS, Vizepräsident der Europäischen Kommission, zuständig für Euro und sozialen Dialog;
 CORINA CREȚU, Kommissarin für Regionalpolitik;
 GIORGIOS STATHAKIS, griechischer Minister für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Tourismus.

JEREMIE UNTERSTÜTZT JUNGE TECHNOLOGIE-UNTERNEHMEN

Im Zeitraum 2007-2013 wurden junge Technologieunternehmen in Griechenland mit einer Reihe von durch die EU unterstützten IKT-Risikokapitalfonds gefördert.

Die Finanzierung dieser digitalen Unternehmen erfolgte durch die JEREMIE-Initiative mittels der Einrichtung eines JEREMIE-Holding-Fonds (JHF) in Griechenland, einem Instrument, mithilfe dessen Mittel aus dem EFRE und dem Europäischen Investitionsfonds kanalisiert wurden. Dadurch wurden vier Risikokapitalfonds eingerichtet (diese wurden im Rahmen des operationellen EFRE-Programms „Digitale Konvergenz“ des Landes finanziert und zogen 30% Privatinvestitionen an). Bis Juni 2015 beliefen sich die Gesamtmittel aus dem JHF für die Gründung von 45 innovativen Unternehmen auf 20,3 Mio. EUR.

Die Jungunternehmen konzentrieren sich auf digitale Anwendungen in Bereichen wie Tourismus, Unterhaltung, Musikproduktion, Einzelhandel, Biotechnologie-Unternehmen und Personalbeschaffung. Erfahren Sie mehr über zwei erfolgreiche, vom JHF finanzierte Projekte, Discoveroom, das auf der nächsten Seite vorgestellt wird, und Incrediblue im Artikel auf Seite 42.

der Kohäsionspolitik, der Politik für den ländlichen Raum und der Fischereipolitik (bis Ende 2014) Gemeinschaftsbeihilfen in Höhe von über 73 Mrd. EUR in Griechenland investiert.

Zwar haben diese Mittel einen enormen Beitrag zur Stärkung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts Griechenlands geleistet, doch im Hinblick auf die Modernisierung und Diversifikation der Wirtschaft bleibt noch viel zu tun, insbesondere durch die Förderung von Innovation und das auf KMU ausgerichtete Unternehmertum. Gleichzeitig muss der öffentliche Sektor modernisiert werden, damit er die wirtschaftliche Entwicklung und die sozialen Bedürfnisse unterstützen kann.

DISCOVEROOM

Das Projekt Discoveroom hat eine innovative Anwendung für kleine Unterkünfte, Frühstückspensionen und Gasthäuser erstellt, welche die Eigentümer mit allen Werkzeugen ausstattet, die sie brauchen, um ihr Unternehmen zu managen und zu vermarkten. Nach nicht einmal zwei Jahren wird die Anwendung bereits von über 2 000 Unternehmern verwendet. Gleichzeitig konnte das Unternehmen seine Arbeit erfolgreich international ausweiten und infolgedessen Kunden aus über 50 Ländern anziehen. Das Jungunternehmen hat zwei Investitionsrunden erhalten – eine Vorfinanzierung im Oktober 2013 und Startkapital im Juli 2014.



Diese Mittel waren auch während der derzeitigen Wirtschaftskrise eine wesentliche Unterstützung und machten 2013 85 % der öffentlichen Investitionen des Landes aus. Ohne die Kohäsionspolitik wäre das BIP 2013 um 3,3 % niedriger gewesen als es tatsächlich war.

Konkrete Maßnahmen

Von der EU finanzierte Projekte unterstützen praktisch alle Bereiche des Lebens in Griechenland. Seit November 1992 hat die EU ungefähr 5 Mrd. EUR in Infrastruktur investiert, wodurch nun zum Beispiel Tausende Athener mit der U-Bahn zur Arbeit pendeln können. Millionen Touristen können sich am Akropolismuseum erfreuen, das 2009 dank Unterstützung durch die EU eröffnet wurde. Zehntausende griechischer Schüler profitieren von Hunderten neuer Schulen, die mit EU-Mitteln gebaut wurden. Ungefähr 990 000 Bürger kommen in den Genuss von Wasserprojekten und weitere 350 000 Personen von Verbesserungen in der Abwasserbehandlung. Die Breitbandabdeckung wurde auf weitere 800 000 Bürger ausgeweitet.

Im Zeitraum 2007-2013 wies der EFRE der Modernisierung von Krankenhäusern und der Infrastruktur für die medizinische

Grundversorgung über 334 Mio. EUR zu. Die Kommission arbeitet auch daran, die Folgen des Hochwassers zu beseitigen, das Mittelgriechenland und das Evros-Becken heimgesucht hat.

Zielgerichtete zukünftige Investitionen

Das mit 35 Mrd. EUR ausgestattete Unterstützungspaket, das die Kommission für den Zeitraum 2014-2020 angekündigt hat, enthält 20 Mrd. EUR aus den ESI-Fonds und über 15 Mrd. EUR für unmittelbare Zahlungen an Landwirte und Unterstützungsmaßnahmen für landwirtschaftliche Märkte.



Der Plan für Wachstum und Beschäftigung wird zum Wohl der griechischen Wirtschaft zu Investitionen in Menschen und Unternehmen beitragen, indem er eine Ausstiegsstrategie aus der Krise bietet. Die griechischen Behörden können nun damit beginnen, mit hochwertigen Projekten auf diese Ziele hinzuarbeiten, welche die Innovations- oder Produktivitätsinvestitionen in KMU stärken, die Energieeffizienz verbessern oder wichtige Infrastruktur aufbauen. Die EU kann darüber hinaus den Austausch bewährter Vorgehensweisen, die technische Hilfe oder die Steigerung der Verwaltungskapazität erleichtern.

All diese Maßnahmen sind dazu gedacht, das Fundament für eine produktive und innovative Wirtschaft zu legen, die ihren Bürgern eine nachhaltige Zukunft bieten kann und ihren talentierten Unternehmern erlaubt, sich effektiv auf dem Weltmarkt zu behaupten.

► MEHR DAZU

http://ec.europa.eu/regional_policy/de/newsroom/news/2015/07/a-new-start-for-jobs-and-growth-in-greece-commission-mobilises-more-than-eur35-billion-from-the-eu-budget



► THESSALIEN KONZENTRIERT SICH AUF DIE ZUKUNFT



Die griechische Region Thessalien ist der Wirtschaftskrise des Landes nicht entgangen, aber seitdem konnte sie mit EU-Mitteln ihre Widerstandsfähigkeit stärken. Dr. Kostas Agorastos, Regionalgouverneur von Thessalien, spricht darüber, wie regionale Zusammenarbeit, Kohäsionspolitik und EU-Mittel helfen, die Auswirkungen der Staatsschulden zu mildern.

► Sie sind Präsident der griechischen Regionen. Wie kann Ihrer Meinung nach die Zusammenarbeit zwischen den Regionen in Griechenland und anderen Mitgliedstaaten gefördert werden?

Die regionale Zusammenarbeit sowie gemeinsame Programme, die meistens von der EU kofinanziert werden, sind ein Schlüssel, um Europas Regionen näher zusammenzubringen. Wir beteiligen uns an Programmen der transnationalen Zusammenarbeit und werden uns im neuen Programmplanungszeitraum weiterhin in neuen Initiativen engagieren.

Die griechischen Regionen arbeiten auch mit lokalen Einrichtungen in anderen EU-Regionen zusammen, um die Zusammenarbeit zu fördern und Geschäftschancen mit dem Ziel zu entwickeln, die regionale Konjunktur zu verbessern und Vorteile für Bürger und Umwelt zu erzielen. Im Zeitraum 2014-2020 wurde diese lokale Zusammenarbeit bereits durch die regionalen Strategien für intelligente Spezialisierung eingebettet.

► Das regionale operationelle Programm (ROP) für Thessalien im Zeitraum 2014-2020 wurde am 18. Dezember 2014 angenommen. Was waren die nächsten Schritte?

Wichtige Schritte wurden unternommen, um mit der Umsetzung der Programme zu beginnen, sowohl auf nationaler als auch regionaler Ebene. Dazu gehört die Verabschiedung des Gesetzes über die Verwaltung, Kontrolle und Umsetzung der Entwicklungsprogramme für den Zeitraum 2014-2020.

Mitte 2015 fanden die ersten Sitzungen des Begleitausschusses für den Nationalen Strategischen Rahmenplan (NSRP) für 2014-2020 statt, wo die Spezialisierungsbereiche und Kriterien für die Finanzierung verabschiedet wurden. Jetzt bereiten wir Einladungen für Projekte vor, die daran interessiert sind, Vorschläge einzureichen.

Alle Regionen entwickeln darüber hinaus eine Reihe von Maßnahmen für gesetzliche und institutionelle Vorschriften. Thessalien hat das Ziel, mit den Programmen weiterzumachen, die umgehend umgesetzt werden können. Was die verbleibenden Programme angeht, arbeiten alle Regionen mit den zuständigen Ministerien zusammen, sodass sich für die Bürger und lokalen Märkte keine Verzögerungen ergeben.

Nach Abschluss der Strategie für soziale Integration und Armutsbekämpfung und der regionalen Abfallwirtschaftsstrategie wurde mit der ersten Pilotphase der regionalen Strategien für intelligente Spezialisierung (RIS3) ein Fokus auf Spezialisierung eingeführt. Der zweite Programmbegleitausschuss im Herbst 2015 hat auch das Ziel, ein neues Maßnahmenpaket anzustoßen, wobei unser Hauptziel ist, bei jedem Schritt die lokalen Behörden und die Zivilgesellschaft einzubeziehen.

Die Entwicklungsstrategie der Region möchte dem negativen Trend ihrer sozioökonomischen Entwicklung entgegenwirken und das Entwicklungsmodell neu auf eine intelligente, nachhaltige und integrative Entwicklung ausrichten. Die Strategie basiert auf dem ROP für den Zeitraum 2014-2020 und den Mitteln, von denen erwartet wird, dass sie aus den bereichsorientierten Programmen in die Region fließen werden.

►Eine wichtige Änderung bei der Umsetzung der griechischen Kohäsionspolitik ist, dass jede Region ihr eigenes Programm verwaltet. Wie bereiten sich die Regionen auf diese neue Herausforderung vor?

Seit dem NSRP 2007-2013 haben die Regionen gezeigt, dass sie die Mittelinanspruchnahme erhöhen, halb abgeschlossene Projekte fertigstellen, die Umsetzung beschleunigen und Ressourcen in die Wirtschaft leiten können. Der bisherige Erfolg ist der Tatsache zu verdanken, dass jede Region über ihr eigenes Programm verfügt. Wenn wir jedoch Bürokratie vermeiden wollen, sind Reformen unerlässlich. Wir brauchen einen Prozess für die Abstimmung und Übergabe von Verantwortlichkeiten, sodass die bereichsspezifischen Programme, die sich auf die Regionen auswirken, mit umfassenden Vorschlägen geplant werden können, die einen besonderen Mehrwert haben.

Bei der Qualität der demokratischen politischen Steuerung ist Vorsicht geboten, sodass wir einen modernen unpersönlichen öffentlichen Sektor mit schnellen und vereinfachten Verfahren schaffen, der aber gleichzeitig die kritischen sozialen Probleme und Herausforderungen angehen kann.

►Griechenland kämpft damit, die Krise zu überwinden. Wie kann die Kohäsionspolitik Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen in Thessalien fördern?

Die Krise hat Thessalien später als andere Regionen, jedoch schwerer getroffen. Seitdem das NSRP-Programm 2011 angegangen ist und auch dank der Teilnahme an Projekten, die durch die bereichsspezifischen Programme finanziert wurden, hat Thessalien viel erreicht. Die Steigerung der Rate der Mittelinanspruchnahme von 19 auf 86 % und der Geschwindigkeit der Projektumsetzung sind nur zwei dieser Erfolge. Einige Beispiele dafür, wie regionale Regierungen die Kohäsionspolitik umsetzen können, bieten die Durchführung von Arbeiten an Hauptstraßen, Krankenhäusern, kulturellen Projekten, dem Hochwasserschutz und an Bildungsprojekten.

Die Regionen verlassen sich jedoch auf staatliche Mittel; auch mit dem Abschluss des NSRP 2007-2013 gibt es Probleme. Die Finanzierungssituation, der wir uns gegenübersehen, ist unregelmäßig und wir brauchen strukturelle Änderungen an der Finanzierung, sonst hat unser Land womöglich weiterhin Probleme. Die Projekte werden weiterhin hinterherhinken, Arbeitsplätze werden verloren gehen, unternehmerische Kompetenzen nicht entwickelt, die Wettbewerbsfähigkeit niedrig bleiben und das ganze Land ein geringeres Wachstum erleben. Vielleicht müssen wir Vorschusszahlungen in Betracht ziehen, um Projekte umzusetzen. Für den NSRP 2007-2013 ist eine einjährige Verlängerung erforderlich.

Wir betrachten Änderungen bei der Finanzierung als absolut unerlässlich für die Entwicklung von Unternehmertum, Forschung, Innovation und Wachstum. Damit die Partnerschaftsvereinbarung für den Zeitraum 2014-2020 eine wirkliche Hilfe sein kann, ist eine Änderung bei der Finanzierung erforderlich oder es wird Probleme geben und zwar sowohl beim Start neuer Projekte als auch beim Abschluss des NSRP 2007-2013, was wiederum schwerwiegende Folgen für unsere Wirtschaft und Gesellschaft haben könnte.



►Durch die neue staatliche Straße zwischen Trikala und Larissa werden Verkehrsverbindungen und Reisezeit verbessert.

►LINKS: Der neue Kindergarten in Volos wurde nach einem bioklimatischen Design mit Solarstrom und einem energieeffizienten Heiz- und Kühlsystem gebaut.

Das verringerte Ausgabeverhalten in Griechenland spricht Bände. Wenn wir Arbeitsplätze schaffen wollen, müssen wir aufhören, den Lebensstandard zu senken.

►Die griechischen Behörden haben die Strategie für intelligente Spezialisierung in Forschung und Innovation fertiggestellt. Was sind die wichtigsten Ziele für Thessalien?

Die regionale Innovationsstrategie für Thessalien ruht auf zwei wichtigen Säulen, um die herum unterstützende Maßnahmen entwickelt werden.

Die erste Säule ist die Lebensmittelwirtschaft, die zweite konzentriert sich auf die Metallindustrie und das Bauwesen. Als unterstützende Maßnahme wird die Förderung des Tourismus organisiert, was außerdem auch das geschäftliche Potenzial in Thessalien stärken wird. Die anderen unterstützenden Maßnahmen – Energieproduktion, Energieeinsparungen und Umweltmanagement – haben die Aufgabe, die Kreislaufwirtschaft zu stärken.

Moderne Technologien im Gesundheitswesen und eine erhebliche lokale Expertise in den Bereichen Sportmedizin, Orthopädie, Physiotherapie und Rehabilitation sind für die Wirtschaft Thessaliens Unterscheidungsmerkmale und können unter Umständen die unternehmerische Aktivität stärken. Derzeit nehmen wir die Feinabstimmung am RIS3-Aktionsplan vor und haben das Ziel, die zur Verfügung stehenden Ressourcen aus dem ROP für Thessalien im Zeitraum 2014-2020 mit einer Pilotmaßnahme, die in Kürze bekannt gegeben wird, umgehend zu nutzen. Die RIS3 soll die Basis für die Beantragung von Ressourcen aus den anderen bereichsübergreifenden NSRP-Programmen bilden. Wir sind sicher, dass der Bottom-up-Ansatz, dem wir in unserer Region seit Langem folgen, die besten Ergebnisse bei der Planung unserer Strategie erzielt hat, wobei das Ziel ist, Unternehmen zu fördern und dazu beizutragen, die bestmöglichen wirtschaftlichen Ergebnisse für Thessalien zu erzielen.

►MEHR DAZU
www.thessalia-espa.gr

▶ REGIONEN ALS PIONIERE FÜR ZUKÜNFTIGES WACHSTUM



Markku Markkula, Mitglied des Stadtrats von Espoo in Finnland, wurde dieses Jahr für eine Amtszeit von 2 1/2 Jahren zum Präsidenten des Ausschusses der Regionen der EU gewählt. Mit Panorama spricht er über seine Ziele für Europas Regionen und seine Unterstützung für die Methode der intelligenten Spezialisierung.

▶ Da Sie nun die Zügel als neuer Präsident des Ausschusses der Regionen übernehmen, wo liegen Ihrer Meinung nach die wichtigsten Herausforderungen für Europas Regionen?

Die wichtigste Herausforderung ist die Wiederaufnahme öffentlicher und privater Investitionen für Wachstum und Innovation. Als führende Regional- und Lokalpolitiker wissen wir, wie dringend dies ist. Dazu sind klare Ziele, eine angemessene Mittelausstattung und neue Partnerschaften zwischen der EU, den nationalen Regierungen, Regionen, Städten und der Privatwirtschaft erforderlich.

Die Liste der gemeinsamen Investitionsziele ist eindeutig und umfasst Politikbereiche wie urbane Nachhaltigkeit, wirtschaftliche und gesellschaftliche Innovation, Unterstützung von Unternehmertum, Energieeffizienz und -sicherheit, digitale Wirtschaft und Integration. Angemessene Mittelausstattung und Partnerschaften sollten rund um unsere beiden wichtigsten Instrumente mobilisiert werden: die EU-Regionalpolitik mit ihrer Kapazität von 350 Mrd. EUR und einem einzigartigen, strategischen Bottom-up-Ansatz und den Europäischen Fonds für strategische Investitionen.

Innerhalb dieser Instrumente müssen wir uns insbesondere auf regionale unternehmerische Ökosysteme konzentrieren. Nach meiner Erfahrung braucht Europa jetzt eine starke Einbindung und ein entschiedenes Engagement der Interessengruppen bei Innovationsexperimenten und Pilotprojekten – Zeit und Geld sollten nicht wieder und wieder in eine neue und dann noch eine neue Planung fließen. Es muss ein konkreter regionaler Unternehmertumsentwicklungsindex erarbeitet

werden, der in europäischen Partnerschaften aktiv angewendet werden muss.

▶ Wie sieht Ihre Meinung im Hinblick auf die langfristigen Auswirkungen der jüngsten politischen Ereignisse in Europa – insbesondere der Krise in Griechenland – auf die Beziehungen zwischen den EU-Regionen aus? Was könnte getan werden, um diese zu überwinden?

Regionen und Städte in verschiedenen Länder hatten mit beispiellosen Einsparungen zu kämpfen und tun dies immer noch und zwar genau in dem Augenblick, in dem die Kommunen von der Rezession geschwächt sind und mehr Unterstützung benötigen würden. Es ist deshalb von allergrößter Wichtigkeit, dass ihnen die besten europäischen Wachstumspolitiken zur Verfügung gestellt werden, und zwar so schnell und effizient wie möglich. Der angekündigte Plan zur Mobilisierung und Beschleunigung der EU-Regionalpolitik zur Unterstützung von Wachstum und Arbeitsplätzen in Griechenland ist ein erster wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Als Ausschuss der Regionen der EU unternehmen wir alles in unserer Macht Stehende, um die Mitarbeiter der griechischen Lokal- und Regionalverwaltungen zu unterstützen, um die besten Konzepte und Strategien zur Schaffung von Arbeitsplätzen und unternehmerischen Chancen für die Bürger auszuwählen, was wiederum den Zusammenhalt stärkt.

▶ Inwiefern wird Ihrer Meinung nach der Ansatz der reformierten Regionalpolitik, der Regionen ermutigt, ihre besonderen Stärken durch den „Ansatz der intelligenten Spezialisierung“ zu identifizieren und daraus Nutzen zu ziehen, tatsächlich zur Schaffung von Wachstum und neuen Arbeitsplätzen in Europas Regionen beitragen?

Ich zähle zu den frühen Unterstützern der gesamten Idee der intelligenten Spezialisierung. Ich habe in Finnland erlebt, was funktioniert und was nicht, und ich bin überzeugt, dass die intelligente Spezialisierung ein enormes Potenzial hat, lokale Ressourcen in maßgeschneiderten und integrativen Strategien für Wachstum und Integration zu mobilisieren. Jede Region muss sich an einige wenige Prioritäten halten und starke europäische Partnerschaften aufbauen.



▼ PARTNER FÜR INVESTITIONEN UND WACHSTUM

Die OPEN DAYS 2015 finden vom 12. bis 15. Oktober unter dem Motto: **EUROPAS REGIONEN UND STÄDTE: „PARTNER FÜR INVESTITIONEN UND WACHSTUM“ STATT.**

Neben dem OPEN Urban Day, der OPEN-DAYS-Universität und den RegioStars 2015 konzentrieren sich die OPEN DAYS 2015 auf drei Themen:

- 1. EUROPA MODERNISIEREN:** die Regionen in der Energieunion und dem digitalen Binnenmarkt.
- 2. REGIONEN UND WIRTSCHAFT:** KMU-Entwicklung, Innovation und Schaffung von Arbeitsplätzen?
- 3. VERSCHIEDENE ORTE:** städtische und ländliche Entwicklung, städtisch-ländliche Integration.

►MEHR DAZU

http://ec.europa.eu/regional_policy/opendays/

Ich glaube auch, dass die meisten führenden regionalen und lokalen Politiker heutzutage zu diesem Ansatz „bekehrt“ worden sind und versuchen, ihn in die Praxis umzusetzen. Mit kleinen stufenweisen Schritten ist der erforderliche Fortschritt jedoch nicht zu erreichen. Das Problem ist, dass wir auch in der Lage sein müssen, zu guten Vorschlägen und Gelegenheiten „Nein“ zu sagen, wenn sie mit solchen Strategien nicht kompatibel sind, da unsere Ziele eher mittel- und langfristig ausgerichtet sind.

►Wie entwickelt sich Ihrer Meinung nach die Rolle Ihrer Institution, insbesondere was die Unterstützung der Prioritäten der europäischen Wachstumsstrategie angeht: durch Investitionen in die Realwirtschaft, CO₂-arme Wirtschaft, Forschung und Innovation?

Realwirtschaft, Nachhaltigkeit und Innovation haben ein starkes lokales Element. Deshalb sieht der Ausschuss der Regionen es als seine Aufgabe an, zur Gestaltung, Umsetzung und Überwachung der EU-Politik in diesen Bereichen beizutragen. In der Realwirtschaft hängen die drängendsten Fragen damit

zusammen, was getan werden muss, um die Emissionen in unseren Städten und Industriezweigen zu senken. Dazu ist eine zunehmende Innovation in unserer gesamten Gesellschaft und unseren Volkswirtschaften erforderlich. Europa braucht eine starke Bottom-up-Bewegung. Dies kann erreicht werden, indem jede Region ermutigt wird, in ihrem eigenen Schwerpunktbereich, basierend auf der intelligenten Spezialisierung, ein Pionier zu werden. Um dies zu unterstützen, benötigen wir europäische Partnerschaften. Der Ausschuss der Regionen spielt durch qualifizierte und starke Meinungen, aber auch durch neue und spezialisierte Initiativen, wie Foren zum Wissensaustausch, interinstitutionelle Partnerschaften – wie der von der Europäischen Investitionsbank für den Juncker-Plan ins Leben gerufene gemeinsame Aktionsplan – und die Teilnahme an Arbeitsgruppen für die Vereinfachung, eine entscheidende Rolle.

►Welche Erwartungen haben Sie insbesondere an die OPEN DAYS 2015?

Die diesjährigen OPEN DAYS erlauben uns, den Start der operationellen Programme der Kohäsionspolitik 2014-2020 zu bewerten, ein besseres Verständnis dafür zu entwickeln, wie aufkommende Prioritäten in tatsächliche Strategien und Projekte vor Ort umgewandelt werden. Ich kann mir kaum eine andere Veranstaltung vorstellen, welche die Idee der Einheit in der Vielfalt, des Austauschs gemeinsamer Werte, Ziele und Instrumente und der gleichzeitigen Ausarbeitung anderer und spezifischer Lösungen besser verkörpert, um Probleme zu überwinden und Chancen zu ergreifen.

EUROPEAN UNION



►MEHR DAZU
www.cor.europa.eu

Committee of the Regions

▶ SLOWAKEI ÜBERNIMMT DIE FÜHRUNG



Die Slowakei wirft einen Blick in die Zukunft auf ihre erste EU-Ratspräsidentschaft. Das Land ist sich im Hinblick auf die Fortschritte sicher, welche die Kohäsionspolitik gebracht hat, und wird sich auf die regionale Konvergenz in der gesamten EU konzentrieren. *Panorama* im Gespräch mit dem Stellvertretenden Ministerpräsident für Investitionen **Lubomír Vážny**.

▶ Die Europäische Kommission hat im Juni 2014 die Partnerschaftsvereinbarung mit der Slowakei angenommen. Welche wichtigen Schritte wurden seitdem unternommen?

Auf die Zustimmung der Partnerschaftsvereinbarung folgte die erfolgreiche Annahme der slowakischen Programme, wodurch Maßnahmen anlaufen konnte, welche die Bereiche Wachstum und Beschäftigung unterstützen.

Ein wichtiger Schritt bei der Verwirklichung der slowakischen Programmziele war die Verabschiedung der Gesetze im Bereich der Beihilfen aus EU-Fonds. Die slowakische Regierung stimmte dem Verwaltungssystem für die ESI-Fonds zu, das im Bereich der ESI-Fonds eine harmonisierte Anwendung der Regeln basierend auf slowakischem und EU-Recht sicherstellen will. Gleichzeitig spiegelt es die Erfahrungen aus der Umsetzung des Programmplanungszeitraums 2007-2013 sowie die Anforderungen im Hinblick auf die Steigerung der Transparenz und die Bekämpfung von Korruption bei der Bereitstellung von Beihilfen aus den EU-Fonds wider. Darüber hinaus haben wir verschiedene methodische Leitlinien erarbeitet, um die Umsetzung der EU-Fonds zu erleichtern.

Im Oktober 2014 wurden die operationellen Programme für integrierte Infrastruktur, Umweltqualität sowie Forschung und Innovation genehmigt. Diese drei operationellen Programme gehörten zu den ersten 10 operationellen Programme aller EU-Mitgliedstaaten, die überhaupt genehmigt wurden. Für die Slowakei war dies ein großartiger Erfolg. Die anderen slowakischen operationellen Programme wurden nach und nach bis Ende 2014 genehmigt.



▶ Was sind die größten Änderungen in den operationellen Programmen (OP) im Vergleich zum Zeitraum 2007-2013? Wie wichtig waren die Mittel der EU-Kohäsionspolitik seit dem Beitritt der Slowakei vor 11 Jahren?

Der Programmplanungszeitraum 2014-2020 hat Veränderungen mit sich gebracht, die sich in der geringeren Anzahl slowakischer Programme widerspiegeln; dies ist auf die Notwendigkeit der Konzentration und engeren thematischen Verlinkung der Kohäsionspolitik mit der Verwirklichung der Ziele der Strategie Europa 2020 zurückzuführen. Der Schwerpunkt wird durch klare, messbare Ziele auf die Ergebnisse und den Umsetzungsrahmen gesetzt. Die Möglichkeit, ein einziges OP aus mehreren Fonds zu finanzieren und die Einführung von *Ex-ante*-Konditionalitäten wurde genutzt. Der integrative Ansatz in der territorialen Entwicklung wird umfassender genutzt werden. Eine Neuheit ist die E-Cohesion, durch welche die Kommunikation ausschließlich in elektronischer Form stattfindet.

Die Bedeutung der Kohäsionspolitik ist in der Slowakei 11 Jahre nach dem EU-Beitritt deutlich sichtbar. Wir sehen in jeder Region positive Ergebnisse, die sich aus Projekten ergeben haben, die von der EU finanziert wurden. Die Wirkung dieser Politik ist auch in der Abmilderung der Auswirkungen der globalen Krise auf die slowakische Wirtschaft sichtbar, vor allem auf dem Arbeitsmarkt.

▶ In welchem Umfang sind in der Slowakei lokale und regionale Organe in die Verwaltung der verschiedenen OPs eingebunden?



▶ Nutzung von Biomasse zur Wärmegewinnung in Vrábľe.

Genauso wie das Partnerschaftsprinzip im Erarbeitungsprozess der Partnerschaftvereinbarung und der einzelnen Programme in vollem Umfang angewendet wurde, wird es auch während der Umsetzung des Programmplanungszeitraums 2014-2020 hochgehalten werden.

Im Rahmen des integrierten regionalen OP fungieren höhere territoriale Einheiten und regionale Hauptstädte in der Slowakei als zwischengeschaltete Stellen. Ihre Aufgabe ist es, in den NUTS-3-Territorien regionale integrierte territoriale Strategien (RITS) zu entwickeln und umzusetzen. Zu dem RITS-Modell gehört die urbane nachhaltige Entwicklungsstrategie, deren Maßnahmen in acht regionalen Hauptstädten umgesetzt werden. Die integrierten territorialen Investitionen werden durch die RITS umgesetzt werden.

Thematisch und territorial fokussierte Globalzuschüsse werden eingesetzt werden, insbesondere für nicht gewinnorientiert arbeitende Nichtregierungsorganisationen. Um das Prinzip der Partnerschaft und der Nichtdiskriminierung aufrechtzuerhalten, stellen lokale und regionale Behörden Vertreter für die relevanten Begleitausschüsse und verschiedenen Arbeitsgruppen.

▶ Mit welchen Ergebnissen rechnen Sie am Ende des Siebenjahreszeitraums?

Eine große Herausforderung ist, dass Regionen, die noch hinterherhinken, echte Konvergenz erreichen. Mit koordinierten strukturellen politischen Ansätzen möchten wir ein besseres Innovationsumfeld schaffen, das Informationspotenzial und

die Kommunikationstechnologie vollständig nutzen, eine intelligente öffentliche Verwaltung einführen und digitale Kompetenzen umfassend einführen. Wir müssen uns darauf konzentrieren, eine barrierefreie und nachhaltige hochwertige Netzwerkinfrastruktur in der ganzen Slowakei einzuführen. Was die Humanressourcen angeht, werden wir uns darauf konzentrieren, die weiterführenden Schulen und die Hochschulbildung sowie die Berufsausbildung neu zu strukturieren, um effektiv auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarkts eingehen zu können.

Unser Ziel ist es, soziale Probleme anzugehen – wie die Integration junger Menschen in sich verändernde Umstände, die soziale Integration marginalisierter Gruppen, die Alterung der Bevölkerung und die Lebensqualität, Emissionen zu reduzieren und uns an den Klimawandel anzupassen.

Ich glaube fest daran, dass all unsere Beschlüsse für den Programmplanungszeitraum 2014-2020 zu solchen Ergebnissen führen werden, die in den slowakischen Regionen zu Wachstum und neuen Arbeitsplätzen führen.

▶ Die Slowakei übernimmt 2016 zum ersten Mal die rotierende EU-Ratspräsidentschaft. Sehen Sie im Hinblick auf die europäische Regionalpolitik und Stadtentwicklung bestimmte Maßnahmen voraus?

Die Slowakei wird an die EU-Ratspräsidentschaft entschieden und verantwortungsbewusst herangehen. 2016 wird sie der Europäischen Kommission die Halbzeitbewertung des mehrjährigen Finanzrahmens, die ersten Berichte über die Programme der ESI-Fonds und die Finanzinstrumente des Zeitraums 2014-2020 sowie einen Bericht über die Ergebnisse der *Ex-post*-Bewertung für den Zeitraum 2007-2013 vorlegen. In Verbindung damit erwarten wir intensive Gespräche über die Wirksamkeit der Kohäsionspolitik, ihren Beitrag zur Verwirklichung der Ziele der Strategie Europa 2020 und ihre Richtung nach 2020. Die slowakische Präsidentschaft hat vor, die Bedeutung der Kohäsionspolitik als Hauptinvestitionsinstrument der EU nachzuweisen, regionale Ungleichheiten abzubauen und Vorschläge zu unterstützen, die eine Vereinfachung der Umsetzung und eine Reduzierung des Verwaltungsaufwands erlauben.

Im Hinblick auf die Regionalpolitik planen wir verschiedene große Veranstaltungen in der Slowakei: eine Konferenz zur EU-Kohäsionspolitik, das Jahresforum zur Strategie für den Donauraum und das Gipfeltreffen des Ausschusses der Regionen. Darüber hinaus wird die HABITAT-III-Gipfelkonferenz zum Thema Wohnungsbau und Stadtentwicklung geplant. Wir werden uns darauf konzentrieren, eine konstruktive Position durch die EU-Mitgliedstaaten sicherzustellen, indem wir die Abschlussdokumente der Konferenz vorbereiten und für eine angemessene Sichtbarkeit der EU-Städteagenda in diesem Forum sorgen.

▶ ESTLAND: KONZENTRATION AUF WETTBEWERBSFÄHIGKEIT UND WACHSTUM



Im Zeitraum 2007-2013 war Estland im Hinblick auf die Inanspruchnahme von EU-Mitteln eines der am höchsten bewerteten Länder. Panorama spricht mit Finanzminister Sven Sester darüber, wie Estland von der Kohäsionspolitik profitiert hat und wie die Prioritäten des Landes für den neuen Programmplanungszeitraum aussehen.

▶ Was sind die wichtigsten Erfolge der Kohäsionspolitik in Estland neben dem exzellenten finanziellen Prozess?

Die Strukturfonds hatten einen großen Einfluss auf Estlands Entwicklung. Der Hauptschwerpunkt war die Förderung des Wachstums unserer Wirtschaft durch die Ermutigung zu Exporten und Innovation sowie die Modernisierung unserer grundlegenden Infrastruktur in verschiedenen Bereichen. Die EU-Mittel haben zu einer Verdoppelung der Anzahl der Exportunternehmen sowie des Exportumsatzes geführt.

Die Auswirkungen der EU-Mittel sind jedoch nicht auf Statistiken und Konjunkturzahlen begrenzt. Sie sind im Alltag greifbar und im ganzen Land sichtbar. Die Straße, auf der Sie fahren, die Eisenbahn, die Sie benutzen, Ihr Zugang zu sauberem Trinkwasser, das Internet, das in Ihr Haus kommt, die elektronischen Dienste, mit denen Sie mit nur wenigen Klicks anstelle von Stunden mit dem Staat in Verbindung treten können – EU-Investitionen haben Estland zu einem besseren Ort sowohl für Unternehmen als auch Menschen gemacht.

Wir haben einen deutlichen Schwerpunkt auf unsere digitale Agenda gelegt und durch die Unterstützung des Ausbaus von Infrastruktur, Netzwerken und Anwendungen für Onlinedienste haben die EU-Mittel dazu beigetragen, Estland in eine der modernsten elektronischen Gesellschaften der Welt zu verwandeln. Das Ergebnis ist, dass 77% der Esten das Internet benutzen und die Bürger routinemäßig elektronische Dienste in den Bereichen Wahlen, Steuern, Polizei, Gesundheitswesen, Bankgeschäfte und Schule nutzen (siehe auch Panorama 52).

Wir wissen auch, dass wir neben der Infrastruktur und den Unternehmen auch in unsere Menschen investieren müssen, und die EU-Fonds spielen weiterhin eine wesentliche Rolle bei unseren Arbeitsmarkt-, Bildungs- und sozialen Reformen. Zum Beispiel haben wir 90% der berufsbildenden Schulen modernisiert, um den Ansprüchen der heutigen Wirtschaft gerecht zu werden.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat Estland hart getroffen, aber die Tatsache, dass EU-Mittel zur Verfügung standen und Unterstützungsprogramme rasch neu gestaltet werden konnten, half der Wirtschaft, sich anzupassen und zu erholen.

▶ Was sind die wichtigsten Lektionen, die Sie gelernt haben? Wie haben diese sich auf die Programmplanung für den Zeitraum 2014-2020 ausgewirkt?

Ausgehend von unserer Erfahrung waren wir uns über zwei Hauptschwerpunkte für 2014-2020 einig: über die einmalige Hebelwirkung der ESI-Fonds und den Fokus auf das Erreichen der Ergebnisse. Das Ziel kann nicht allein lauten, Geld auszugeben und eine niedrige Fehlerquote zu erreichen. Der Einsatz der Fonds sollte eine strukturelle Umstellung in der Entwicklung, eine höhere Effizienz, Wirksamkeit oder Qualität in einem Bereich, einer Branche oder einem Industriezweig bringen oder positive langfristige Auswirkungen haben (z. B. Anstoß und Umsetzung von Strukturreformen und wichtigen Projekten).

Wir freuen uns, dass die Kohäsionspolitik nun eng mit Europa 2020, länderspezifischen Empfehlungen und einem verantwortungsbewussten finanzpolitischen Verhalten der Mitgliedstaaten verbunden ist.

▶ Wie sieht die Investitionsstrategie für den EFRE, Kohäsionsfonds und ESF für 2014-2020 aus? Welche Ergebnisse erwarten Sie?

Wir glauben fest daran, dass alle EU- und nationalen Mittel gemeinsam auf integrierte Art und Weise geplant werden müssen, um EU- und nationale Ziele zu erreichen.

Der strategische Schwerpunkt trägt zu den Zielen von Europa 2020 und ihrem nationalen Gegenstück, „Estland 2020“, bei. In der Programmplanungsphase widmete Estland der Analyse

seiner Entwicklungsbedürfnisse für die nächsten 7 bis 10 Jahre besondere Aufmerksamkeit, und zwar nicht nur in Bereichen, die durch die EU förderfähig sind, sondern im Land als Ganzes, da die Unterstützung durch die EU nicht etwas Eigenständiges, sondern neben nationalen öffentlichen Mitteln eine wichtige Finanzierungsquelle ist. Darüber hinaus haben wir die Möglichkeit genutzt, nur ein anstelle der vormals drei operationellen Programme einzurichten, um die Koordination zwischen den nationalen Behörden und den verschiedenen Fonds zu verbessern und somit eine integrierte und effiziente Nutzung der EU-Mittel sicherzustellen.

Motor unseres Ansatzes ist in großem Maße die Erwartung, dass Investitionen aus der Kohäsionspolitik unsere Wettbewerbsfähigkeit verbessern und zur wirtschaftlichen Entwicklung beitragen müssen.

Ungefähr ein Drittel der Mittel wird im Bereich der wissensintensiven und international wettbewerbsfähigen Wirtschaft genutzt werden. Wir schaffen Chancen für Unternehmer und F&E-Einrichtungen, um neue und innovative Produkte und Dienstleistungen zu entwickeln, neue Exportmärkte aufzubauen und darauf zuzugreifen. Die Produktivität unserer KMU sollte um ungefähr 40 % zunehmen und die Anzahl der Exportunternehmen um 25 % wachsen.

Ein Drittel wird in Bildung, Beschäftigung und soziale Integration investiert werden. Hauptziel wird es sein, sicherzustellen, dass die Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter besser qualifiziert ist und ihre Wettbewerbsfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt erhöht wird.

Das letzte Drittel wird in die Basisinfrastruktur fließen: Multimodalität im Verkehr, IKT-Verbindungen und Energieeffizienz.

▶ **Estland hat im Zeitraum 2007-2013 Finanzinstrumente in den Bereichen Unterstützung für Unternehmen und Energieeffizienz im Wohnungsbau genutzt. Darüber hinaus plant Estland, den Anteil der Finanzinstrumente zu erhöhen**

und ihre Anwendungsbereiche auszuweiten. Welche Vorteile hat die Nutzung von Finanzinstrumenten in der Kohäsionspolitik Ihrer Erfahrung nach?

Da die öffentlichen Haushalte zunehmend unter finanziellen Druck geraten, betrachtet Estland Finanzinstrumente als wichtige Möglichkeit, den Druck zu reduzieren und die langfristige Nachhaltigkeit bei der Unterstützung verschiedener Politikbereiche sicherzustellen. Wir möchten die Entwicklung erleichtern, nicht die Abhängigkeit von Beihilfen fördern. Finanzhilfen sind nicht immer der nachhaltigste Weg, die Wettbewerbsfähigkeit der Empfänger oder des Staates im Allgemeinen zu steigern.

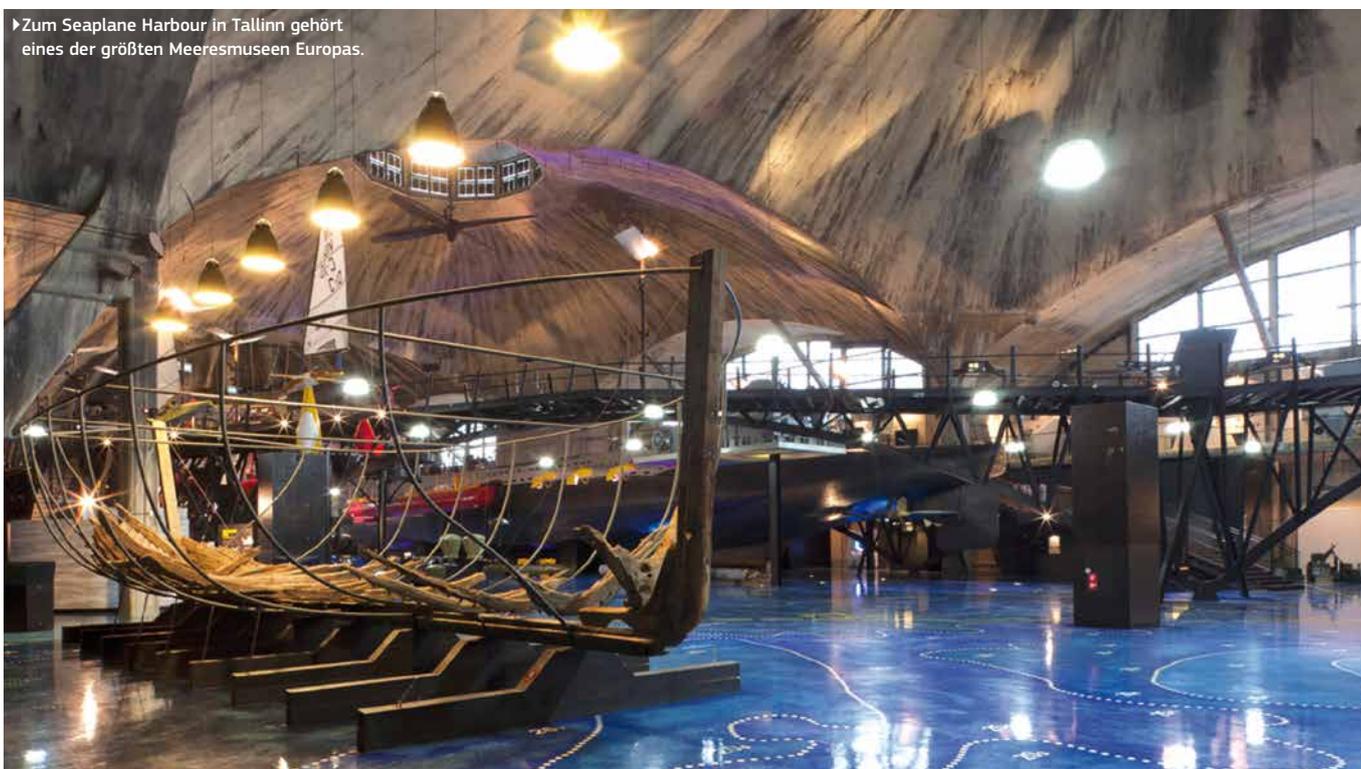
Estland hat die höchste Anzahl an Unternehmensneugründungen pro Kopf in Europa – dies ist ein Beweis dafür, wie einfach es ist, in Estland ein Unternehmen zu gründen. Damit sie in Estland weiterhin expandieren, hat es sich als hilfreich erwiesen, mit anderen baltischen Ländern den Baltischen Innovationsfonds einzurichten und Ressourcen zu investieren, die aus EU-Finanzinstrumenten zurückgezahlt werden. Dies zeigt, dass die Verwendung von Finanzinstrumenten einen echten Multiplikatoreffekt haben und sich wiederum auf die Wirtschaft auswirken kann.

Wir gehen davon aus, dass sich die Investitionen aus den ESI-Fonds durch Finanzinstrumente im Vergleich zu 2007-2013 mindestens verdoppeln werden; dies ist auch das auf EU-Ebene besprochene Ziel. Unternehmen werden größere Kapitalsummen bereitgestellt werden und wir haben eine neue Komponente ins Auge gefasst, um die Unterstützung zur Verbesserung der Ressourceneffizienz in Unternehmen zu verbessern. Darüber hinaus werden wir damit fortfahren, andere Bereiche zu überwachen und weitere Möglichkeiten zu erkunden, zusätzliche Finanzinstrumente während des Finanzierungszeitraums zu nutzen.

▶ **MEHR DAZU**

www.strukturifondid.ee/en/

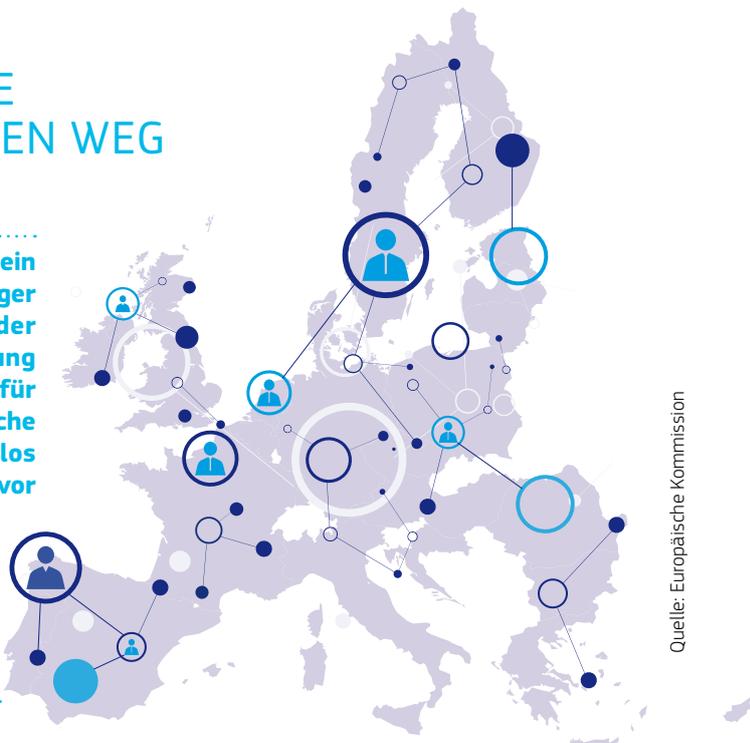
▶ Zum Seaplane Harbour in Tallinn gehört eines der größten Meeresmuseen Europas.



FÖRDERUNG EINER EFFIZIENTEN ÖFFENTLICHEN VERWALTUNG

LEITLINIEN UND VORBILDICHE VORGEHENSWEISEN WEISEN DEN WEG

Experten sagen oft, dass man, um EU-Mittel zu erhalten, ein gutes Projekt brauche, von dem der unmittelbare Empfänger sowie die Gemeinschaft im Allgemeinen profitierten, der Erfolg jedoch von der Leistungsfähigkeit der Verwaltung abhängt. Deshalb betont Corina Crețu, EU-Kommissarin für Regionalpolitik, seit ihrem Amtsantritt, dass die öffentliche Verwaltung der Mitgliedstaaten und Regionen reibungslos funktionieren muss, damit die Mittel der Kohäsionspolitik vor Ort Erfolge erzielen können, die so greifbar wie möglich sind. Unter den Mitgliedstaaten wächst die Erkenntnis, dass die Stärkung der Verwaltungskapazität und die Verbesserung der politischen Steuerung wesentlich dafür sind, um mit Investitionen, die von der EU unterstützt werden, gute Ergebnisse zu erzielen.



Quelle: Europäische Kommission

Die Kommission und ihre Generaldirektion für Regionalpolitik und Stadtentwicklung verbessern die Art und Weise, wie Mittel im Zeitraum 2014-2020 investiert und verwaltet werden. Die Taskforce für eine bessere Umsetzung konnte sich über eine exzellente Kooperation der beteiligten Länder freuen, was zu wichtigen Ergebnissen bei der Reduzierung des Risikos eines Verlusts von EU-Mitteln geführt hat. Darüber hinaus wurden vom Kompetenzzentrum Stärkung von Verwaltungskapazitäten der GD andere Initiativen eingerichtet, die sich auf die Unterstützung nationaler, regionaler und lokaler Verwaltungen bei der Stärkung ihrer Leistungsfähigkeit im Zusammenhang mit der Verwaltung der von der EU kofinanzierten Investitionen konzentrieren.

PEER 2 PEER trägt erste Früchte

Im März 2015 gab Kommissarin Corina Crețu den offiziellen Startschuss für das neue Instrument zur Erleichterung des Austausches zwischen Kollegen verschiedener Verwaltungsbehörden für die EU-Mittel – REGIO PEER 2 PEER. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst haben nun leichter Zugang zu bewährten Vorgehensweisen aus ganz Europa und profitieren dabei von der praktischen Erfahrung von über 24000 Kollegen, die für die Verwaltung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und des Kohäsionsfonds zuständig sind. Die wichtigsten Zutaten von REGIO PEER 2 PEER sind Zweckmäßigkeit, Flexibilität, Schnelligkeit, Fokus auf bestimmte Themen und die Qualitätskontrolle eines maßgeschneiderten Austausches.

Für die Initiative sind bereits eine Reihe von Anträgen verschiedener Mitgliedstaaten eingegangen. Für Bulgarien, Kroatien, Polen und Frankreich wurden bereits erfolgreiche Veranstaltungen für den Austausch unter Kollegen organisiert. Die bisher eingegangenen Anfragen zeigen ein starkes Interesse am Erfahrungsaustausch mit Kollegen in Bereichen wie Finanzinstrumente, staatliche Beihilfen, öffentliches Auftragswesen, neue Instrumente in der Stadtentwicklung, Transparenz und Verhinderung von Korruption. REGIO PEER 2 PEER wird derzeit als Pilotprojekt durchgeführt und die Ergebnisse sowie die zukünftigen Modalitäten werden gegen Ende 2016 ausgewertet.

Integritätspakte sollen Transparenz und Effizienz von EU-Projekten steigern

Im Herzen einer anderen Initiative – den Integritätspakten – die dieses Jahr vom Kompetenzzentrum Stärkung von Verwaltungskapazitäten ins Leben gerufen wurde, steht die Sicherstellung von Integrität, Transparenz und Effizienz im Hinblick auf EU-Mittel. Das Instrument der Integritätspakte wurde von Transparency International erfunden, um Regierungen, Unternehmen und die Zivilgesellschaft dabei zu unterstützen, das Vertrauen in das öffentliche Auftragswesen zu stärken. Ein Integritätspakt ist eine rechtlich verbindliche Vereinbarung zwischen der ausschreibenden Stelle sowie



►Kommissarin Crețu und Miklos Marschall, Stellvertretender Geschäftsführer von Transparency International.

den Unternehmen, die sich um öffentliche Aufträge bewerben, nach der sie sich korrupter Verhaltensweisen enthalten und den Prozess der Auftragsvergabe mit Integrität, Transparenz und Effizienz durchführen. Eines der wichtigsten Elemente dieses Instruments ist das externe Monitoring der Vereinbarung durch eine Einrichtung der Zivilgesellschaft.

In enger Zusammenarbeit mit Transparency International hat die Kommission entschieden, dieses Instrument in mehreren von der EU kofinanzierten Projekten als Pilotinitiative durchzuführen. Im Mai 2015 erging sowohl an öffentliche Verwaltungen (Behörden, die EU-Mittel verwalten, oder Empfänger von EU-Unterstützung) als auch an Akteure der Zivilgesellschaft ein Aufruf zur Interessensbekundung. Die Reaktion übertraf alle Erwartungen. Insgesamt gingen bei der Kommission 56 Anträge aus 13 Mitgliedstaaten ein, wobei 25 von Einrichtungen der Zivilgesellschaft und 31 von öffentlichen Behörden stammen. Die Projekte, die es in die engere Auswahl geschafft haben, bereiten sich nun auf die Umsetzungsphase vor.

Es wird erwartet, dass die Pilotinitiative der Integritätspakte die Prinzipien einer guten politischen Steuerung, wie mehr Transparenz sowie Kosteneinsparungen, fördern wird. Die Erfahrung hat gezeigt, dass das Projekt das Potenzial hat, aufgrund strengerer Verfahren für das öffentliche Auftragswesen die Auftragskosten um bis zu 30% zu senken.

Beitrag zur Vermeidung der häufigsten Fehler im öffentlichen Auftragswesen

Der Integritätspakt ist nicht die einzige Initiative, die sich mit dem öffentlichen Auftragswesen in Projekten, die von der EU kofinanziert werden, befasst. Das Kompetenzzentrum Stärkung von Verwaltungskapazitäten hat diesen Bereich aus verschiedenen Gründen zu einer seiner Topprioritäten

gemacht. Das öffentliche Auftragswesen macht rund 19% des BIP der EU aus. Schätzungsweise laufen rund 48% der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds durch das öffentliche Auftragswesen und es wird geschätzt, dass dort die meisten Probleme auftreten. Fehler im öffentlichen Auftragswesen können zu erheblichen Finanzkorrekturen und dem Verlust von Mitteln führen. In den meisten Fällen sind die Fehler auf einen Mangel an Erfahrung mit der Anwendung der komplexen Vorschriften zurückzuführen, doch die Kommission unterstützt weniger erfahrene Behörden in Mitgliedstaaten, die Aufträge ausschreiben, durch einen benutzerfreundlichen Leitfaden mit Tipps, wie man die häufigsten Fehler bei der Ausschreibung von Aufträgen, Dienstleistungen und Waren mit einer Kofinanzierung durch die EU vermeidet.

„Perfektion ist nicht möglich, aber wenn wir Perfektion anstreben, können wir Exzellenz erreichen“

Einer der Grundsätze einer guten Verwaltung ist das Streben nach kontinuierlicher Verbesserung. Die Aufmerksamkeit ist jetzt auf die neuen Programme für den Zeitraum 2014-2020 gerichtet und die Kommission stellt sicher, dass die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholt werden. Ziel ist es, mit besseren Strukturen, Kompetenzen und mehr Effizienz in den Programmplanungszeitraum 2014-2020 zu starten. Diese sind nicht nur notwendig, um aus öffentlichen Mitteln das Maximum herauszuholen, sondern auch, um Wachstum und Arbeitsplätze, Vertrauen in Institutionen und Glaubwürdigkeit in die Politik herzustellen.

►MEHR DAZU
Verbesserung der Mittelinvestition und -verwaltung:
<http://europa.eu/!VJ96UM>

► KOMMUNIKATION DER EU-FONDS AUF LOKALER EBENE

Wie viele Bürger sind sich der Möglichkeiten und der Wirkung der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds in ihren Regionen bewusst?

Um den greifbaren Investitionen, die im Rahmen der Regionalpolitik und Stadtentwicklung getätigt werden (351,8 Mrd. EUR im Zeitraum 2014-2020), mehr Sichtbarkeit zu verleihen, führen die Europäische Kommission, die Verwaltungsbehörden und Europe-Direct-Kontaktzentren eine gemeinsame Kommunikationsmaßnahme durch. Ihr Ziel ist es, mögliche Empfänger auf die Finanzierungsmöglichkeiten aufmerksam zu machen und die Aufmerksamkeit der Bürger auf die konkreten Ergebnisse, die auf lokaler Ebene erreicht werden, zu lenken.

Lokal agieren

2015 legt die Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung den Schwerpunkt stärker auf die lokale Ebene und richtet Maßnahmen in Zusammenarbeit mit den zuständigen nationalen Partnern ein. In verschiedenen EU-Ländern werden Seminare und Informationsveranstaltungen organisiert, die sich darauf konzentrieren, wie man die Kohäsionspolitik besser kommunizieren kann.

Deutschland, Italien, Schweden, Bulgarien, Griechenland und das Vereinigte Königreich haben bei der Organisation solcher Veranstaltungen den Weg bereitet und Spanien, Kroatien und Rumänien haben bereits ihre Absicht erklärt, im Verlauf des Jahres 2015 nachzuziehen.

In Italien und Bulgarien wurden Seminare für Kommunikationsbeauftragte mit solchen für nationale und lokale Journalisten verbunden. Auf diesen Veranstaltungen wurden die Medien über die Prioritäten und Ziele der Kohäsionspolitik im Zeitraum 2014-2020 sowie darüber informiert, wie diese den Regionen helfen, durch zielgerichtete Investitionen Arbeitsplätze und Wachstum zu schaffen.

Auf der letzten Tagung der EFRE-Kommunikationsbeauftragten des INFORM-Netzwerks (Lille, Juni 2015) wurde vor allem über die politischen Prioritäten der Juncker-Kommission gesprochen. Redner und Experten aus Mitgliedstaaten sowie verschiedenen Kommissionsdienststellen, darunter der

INFORM UND INIO

INFORM wird von der GD Regionalpolitik und Stadtentwicklung koordiniert und ist ein EU-weites Netzwerk von Kommunikationsbeauftragten, die für die Kommunikation der Investitionen des EFRE und des Kohäsionsfonds in den Mitgliedstaaten zuständig sind. INIO ist ein Netzwerk von nationalen Kommunikationskoordinatoren für den Europäischen Sozialfonds und wird von der GD Beschäftigung, Soziales und Integration koordiniert.

Beide Netzwerke haben das Ziel, die Sichtbarkeit von Projekten zu verbessern, die von der EU kofinanziert werden, indem sie Erfahrungen und bewährte Vorgehensweisen weitergeben. Sie möchten die Qualität der Kommunikation verbessern, um das Bewusstsein der Allgemeinheit für die Vorteile dieser politischen Ansätze zu steigern.

GD Regionalpolitik und Stadtentwicklung, erklärten die Verbindung zwischen der Investitionsoffensive für Europa, dem digitalen Binnenmarkt, der CO₂-armen Wirtschaft und der Energieunion sowie dem Beitrag der Kohäsionspolitik zu diesen Prioritäten.

Auftaktveranstaltungen für operationelle Programme

Die Mitgliedstaaten und Verwaltungsbehörden sind dafür verantwortlich, innerhalb von sechs Monaten nach der Annahme eine Kommunikationsstrategie für jedes operationelle Programm auszuarbeiten. Obwohl die Europäische Kommission diese Strategie nicht offiziell genehmigen muss, muss sie darüber informiert werden und die Strategie muss ihr über SFC2014, das offizielle elektronische Verwaltungstool für die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds, bereitgestellt werden.

Während des ersten Halbjahrs 2015 wurden 40 % der OP-Kommunikationsstrategien verabschiedet und fast alle anderen werden vor 2016 angenommen werden.



„Wir haben ein einfaches, aber ehrgeiziges Ziel: Wir wollen EU-Mittel in Rekordhöhe nutzen, um einen weiteren zivilisatorischen Sprung zu machen. Jeder einzelne Zloty der insgesamt 500 Mrd. PLN wird klug investiert werden.“

► EWA KOPACZ – POLNISCHE MINISTERPRÄSIDENTIN

INFORMATIONS- UND KOMMUNIKATIONS-VORSCHRIFTEN

Erfahren Sie mehr über die Vorschriften für Informationen und Veröffentlichung, einschließlich der Nutzung der Logos.

► Den Informations- und Kommunikationsvorschriften, einschließlich den Verordnungen, gewidmete Seite des Inforegio-Internetauftritts:
www.ec.europa.eu/regional_policy/de/policy/communication/legislation/

► Aufgrund der großen Nachfrage stellt die GD Regionalpolitik und Stadtentwicklung nun Beispiele für die Nutzung des EU-Emblems (Logo) und den Bezug zu den Fonds in allen Sprachversionen zur Verfügung:
www.ec.europa.eu/regional_policy/de/information/logos/

► Die praktische Umsetzung der Informations- und Kommunikationsvorschriften wirft manchmal Fragen auf. Um Verwaltungsbehörden zu unterstützen, wurde auf Inforegio ein regelmäßig aktualisiertes Dokument mit häufig gestellten Fragen über die Auslegung der Kommunikationsvorschriften zur Verfügung gestellt (die Antworten werden zwischen den GDs Beschäftigung, Soziales und Integration sowie Regionalpolitik und Stadtentwicklung abgestimmt):
www.ec.europa.eu/regional_policy/sources/policy/communication/qa_comm.pdf

Obwohl die Europäische Kommission zur Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Fonds bei Kommunikationsmaßnahmen ermutigt, steht es den Mitgliedstaaten und Verwaltungsbehörden frei, den Ansatz zu wählen, der angesichts ihrer nationalen und regionalen Umstände am besten geeignet ist (zentral oder dezentral, für nur einen oder mehrere Fonds). Und tatsächlich wurden verschiedene Ansätze gewählt: zum Beispiel eine einzige Kommunikationsstrategie, die alle ESI-Fonds abdeckt (wie in Bulgarien, Malta oder der italienischen Region Latium), eine gemeinsame Strategie für die EFRE- und ESF-Programme oder eigene Strategien für jedes operationelle Programm und jeden Fonds.

Auftaktveranstaltungen für die operationellen Programme sind eine wichtige Kommunikationsmöglichkeit und sollten auf ein möglichst breit gefächertes Publikum, einschließlich der Medien, ausgerichtet sein. Polen, das die höchste Summe aus dem Investitionsbudget der EU im Zeitraum 2014-2020 erhält – 89 Mrd. EUR, wenn man alle ESI-Fonds berücksichtigt – feierte die Gelegenheit in Anwesenheit der Ministerpräsidentin **Ewa Kopacz** und der Marschälle der 16 polnischen Woiwodschaften. Die Ministerin für regionale Entwicklung **Maria Wasiak** und die Kommissarin für Regionalpolitik **Corina Crețu** überreichten den Marschällen symbolisch die angenommenen operationellen Programme. Dutzende Sender waren bei der Veranstaltung im Februar 2015 anwesend und berichteten darüber.

Eine andere innovative Auftaktveranstaltung wurde von Interreg Europe organisiert: eine Konferenz mit 850 politischen Entscheidungsträgern und Experten im italienischen Bologna und einer starken Onlinepräsenz von 1 200 Teilnehmern. Über 2 000 Menschen beteiligten sich entweder unmittelbar oder online über die sozialen Medien an 130 Networkingtischen.

Programme, die ihre Kommunikationsstrategie bisher noch nicht genehmigt haben, werden ebenfalls ermutigt, eine Auftaktveranstaltung zu organisieren, da sich diese als wichtige Gelegenheit erwiesen haben, um die Aufmerksamkeit potenzieller Empfänger auf die neuen Finanzierungsmöglichkeiten zu lenken und die Öffentlichkeit für die Errungenschaften der früheren Programme zu sensibilisieren.

▶ ALLGEMEINE BEKANNTHEIT UND WAHRNEHMUNG DER EU-REGIONALPOLITIK

ERGEBNISSE DER LETZTEN EUROBAROMETER-UMFRAGE

Als Hauptinvestitionsinstrument der Europäischen Union spielt die Regionalpolitik eine wichtige Rolle beim Abbau der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten zwischen Europas Regionen und der Schaffung von Wachstum und Beschäftigung. Alle 2 bis 3 Jahre führt die Kommission eine Umfrage durch, um zu ermitteln, inwiefern sich die Bürger der EU-Regionalpolitik bewusst sind und wie sie sie wahrnehmen. Die jüngste im Juni 2015 durchgeführte Umfrage ist ein Schnappschuss der derzeitigen Meinung.

Die Umfrage zeigte, dass der Bekanntheitsgrad der EU-Regionalpolitik im Vergleich zu ähnlichen 2010 und 2013 durchgeführten Umfragen stabil geblieben ist: 34% der Antwortenden haben dort, wo sie leben, von Projekten gehört, die von der EU kofinanziert werden.

▶ MEHR DAZU

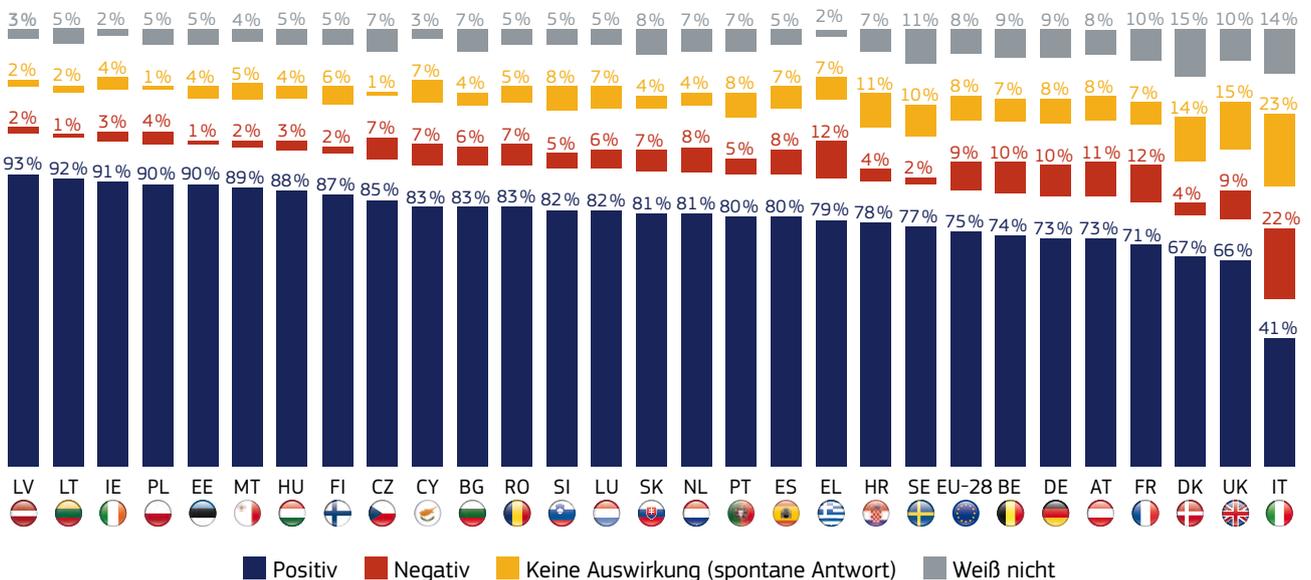
http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb83/eb83_en.htm

WIRKUNG VON PROJEKTEN

Gute Nachrichten: Drei Viertel der Bürger, die die EU-Regionalpolitik kennen, glauben, dass die Projekte eine positive Wirkung haben. Diese ermutigenden Ergebnisse unterstreichen das enorme Kommunikationspotenzial der regionalpolitischen Projekte der EU. Sieht man sich die Antworten nach Ländern geordnet an, lag die Wahrnehmung in Lettland, Litauen, Irland, Polen und Estland bei über 90%.

FRAGE

Wenn Sie alle Projekte, von denen Sie gehört haben, in Betracht ziehen, würden Sie dann sagen, dass sich diese Unterstützung positiv oder negativ auf die Entwicklung Ihrer Stadt oder Region ausgewirkt hat?



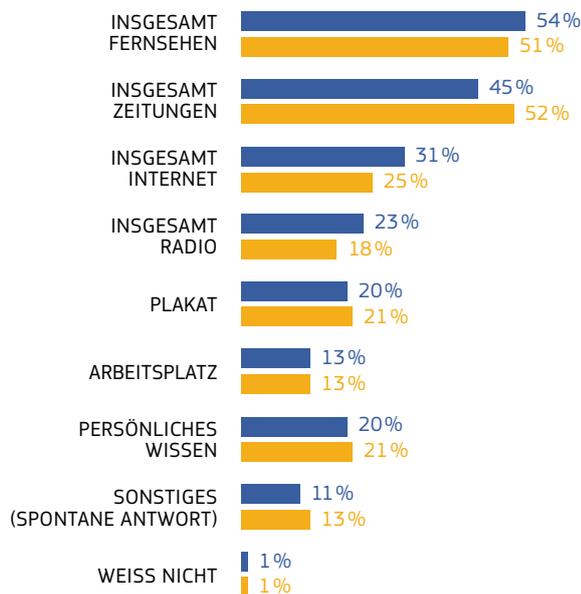
MEDIEN

Durch welche Medien informieren sich die Bürger über Projekte der EU-Regionalpolitik? Das Fernsehen, das über die Hälfte der Antwortenden (54%) nannten, hat die Zeitung (45%) als wichtigste Informationsquelle für Projekte, die von der EU kofinanziert werden, abgelöst. Auch die Nutzung von Internet und Radio nehmen zu. Die Umfrage zeigt darüber hinaus, dass das Internet die Hauptinformationsquelle für Nachrichten über Projekte der EU-Regionalpolitik für die Gruppe der 15- bis 39-Jährigen ist (41%).

FRAGE

Wo haben Sie darüber gehört? Das erste Mal? Danach? (Mehrere Antworten möglich)

▶ % EU-28



UMFRAGE: ■ Juni 2015 ■ Sept. 2013

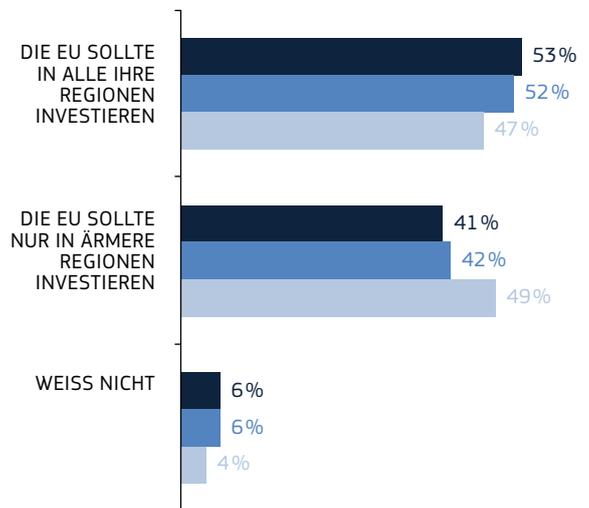
UNTERSTÜTZUNG

Eine Mehrheit der Bürger glaubt, dass die EU weiterhin in alle ihre Regionen investieren sollte. Die Umfrage zeigt auch, dass eine Mehrheit der Bürger in 18 von 28 Mitgliedstaaten diese Ansicht unterstützt, darunter auch Bürger in Ländern, in denen es viele wohlhabende Regionen gibt (z. B. Finnland, Schweden, Luxemburg, Deutschland, Österreich).

FRAGE

Die europäische Regionalpolitik unterstützt Projekte der wirtschaftlichen Entwicklung in allen Regionen. Sollte die EU Ihrer Meinung nach weiterhin in alle Regionen investieren oder sich auf die ärmeren konzentrieren?

▶ % EU-28



UMFRAGE: ■ Juni 2015 ■ Sept. 2013 ■ Juni 2010

INVESTITIONSPRIORITÄTEN

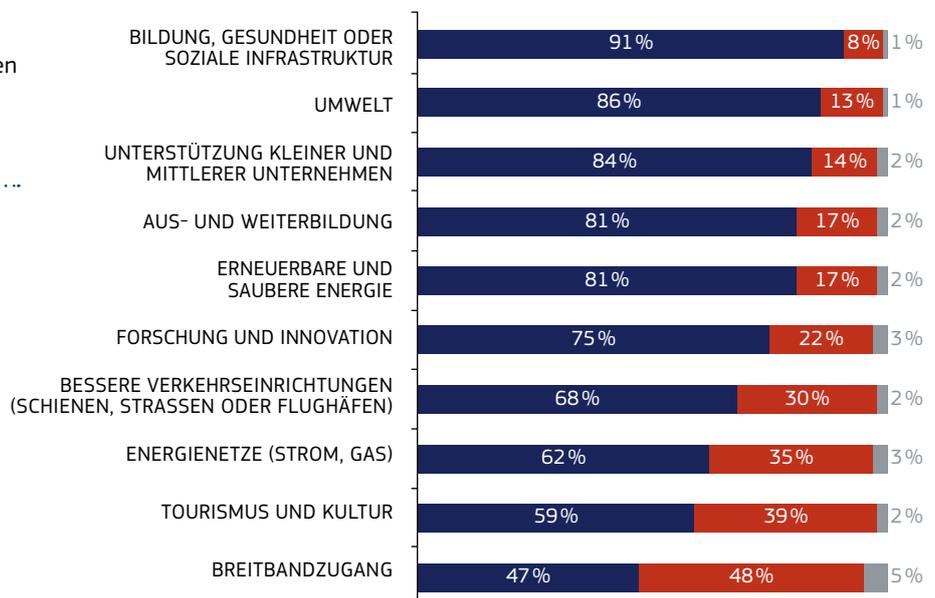
Die Bürger glauben, dass Investitionen in Bildung, Gesundheit und soziale Infrastruktur, die Umwelt und KMU bevorzugt werden sollten.

FRAGE

Die EU-Regionalpolitik kann in viele verschiedene Bereiche investieren. Welche der folgenden Beispiele sind Ihrer Meinung nach für Ihre Stadt oder Region wichtiger oder weniger wichtig?

▶ % EU-28

■ Wichtiger
■ Weniger wichtig
■ Weiß nicht



► REGIONALE WIRTSCHAFT DURCH INTELLIGENTE SPEZIALISIERUNG VERÄNDERN – DER WEG IN DIE ZUKUNFT

Die weltweite Wirtschaftskrise hat zu wirtschaftlicher Stagnation und einem deutlichen Rückgang der Investitionen in der EU geführt. Als Antwort darauf folgt die Europäische Kommission einer makroökonomischen Politik, die auf einem „Dreieck der Tugend“ bestehend aus Investitionen, Strukturreformen und fiskalpolitischer Verantwortung beruht.

Die Wirtschaftskrise hat zu einem Zusammenbruch der Konvergenz in Europa geführt, der die Konjunktur und das zukünftige Wachstum behindert. Die Herausforderung für Europa ist die Wiedererlangung der Konvergenz. Strategien für intelligente Spezialisierung können leistungsstarke Instrumente sein, um Ressourcen für Forschung, Innovation und industrielle Erneuerung in den Regionen auf spezifische Bereiche zu konzentrieren, wodurch sie einen verhältnismäßigen Vorteil im Hinblick auf zukünftige Wachstumschancen für Europa erreichen, sodass alle Regionen in den Genuss von Wachstum und der Schaffung von Arbeitsplätzen kommen und Ungleichheiten abgebaut werden können.

Die Geschichte des Wachstums: die Investitionslücke schließen

Zu den verfügbaren europäischen Investitionsinstrumenten gehört der Europäische Fonds für strategische Investitionen (EFIS), der zwischen 2015 und 2020 bis zu 315 Mrd. EUR erschließen will, um die Nachfrage kurzfristig zu erhöhen und das langfristige wirtschaftliche Potenzial zu steigern.

Es wird jedoch geschätzt, dass der EFIS nur ungefähr ein Drittel der Investitionslücke schließen kann, die sich aufgrund der Krise entwickelt hat, und vor allem für große Projekte relevant sein wird. Um strategische Investitionen zu unterstützen, stellen die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) im Zeitraum 2014-2020 ein Investitionspaket in Höhe von 450 Mrd. EUR bereit.

WAS BEDEUTET INTELLIGENTE SPEZIALISIERUNG?

Sie ist ein strategischer Ansatz zur Priorisierung öffentlicher Investitionen auf Forschung und Innovation für die wirtschaftliche Umstellung der Regionen, um Wettbewerbsvorteile aufzubauen und Marktchancen in neuen Wertschöpfungsketten anzusprechen. Regionale Innovationsstrategien für intelligente Spezialisierung (RIS3) sind mittlerweile in der europäischen Kohäsionspolitik eine Voraussetzung für die Entwicklung operationeller Programme.

Darüber hinaus werden sie zusätzliche öffentliche und private Koinvestitionen in Höhe von mindestens 150 Mrd. EUR generieren, wodurch sich die insgesamt genutzten Mittel auf 600 Mrd. EUR erhöhen. Rund 80% dieser Mittel werden weniger entwickelten Regionen zugutekommen, die von der Rezession besonders hart getroffen wurden.

Über 160 Mrd. EUR aus den ESI-Fonds wurden der Unterstützung von Investitionen in Forschung und Innovation, IKT, Wettbewerbsfähigkeit von KMU und der Umstellung auf eine CO₂-arme Wirtschaft zugewiesen. Da das Wirtschaftswachstum in den letzten Jahrzehnten mit Produktivität und Innovation zusammenhing, werden dies die Hauptfaktoren sein, die neue, nachhaltige Arbeitsplätze schaffen.

Intelligente Spezialisierung: die Umstellung möglich machen

Durch die RIS3 hat die reformierte Kohäsionspolitik eine wichtige Rolle in der europäischen Wachstumsstrategie für die Beschleunigung der wirtschaftlichen Integration, bei der Verwirklichung

BIP UND INVESTITIONEN 2000-2015 ⁽¹⁾

▶ BIP-WACHSTUM (%)



▶ INVESTITIONEN (% DES BIP)



Obwohl das BIP-Wachstum in Europa angezogen hat, liegen die Investitionen weit unter dem Niveau von vor der Krise. Das Diagramm vergleicht die Daten für den Euro-Raum (ER), die EU-28 insgesamt sowie die USA.

Quelle: Europäisches Zentrum für politische Strategie, IWF, Eurostat

der industriellen Umstellung und bei der Schaffung widerstandsfähiger Volkswirtschaften übernommen.

Sie sollte auch zu einer Erholung der Konvergenz in Europa führen, wobei dank der intelligenten Spezialisierung Regionen auf unterschiedlichen Entwicklungsstufen eine höhere Wertschöpfung erreichen können. Darüber hinaus erlaubt die intelligente Spezialisierung hinterherhinkenden Regionen in der Wertschöpfungskette einen Sprung nach vorn zu tun, indem sie das lokale Potenzial für den Weltmarkt nutzen.

Da die intelligente Spezialisierung zu einer Voraussetzung für den Planungsprozess der ESI-Fonds gemacht wurde, verfügen die meisten Regionen nun über Strategien, die auf einer gründlichen Analyse der regionalen Entwicklungs Herausforderungen und -chancen ⁽²⁾ beruhen, sowie über einen speziellen „Entrepreneurial Discovery“-Prozess. Der letztgenannte Ansatz führt in die Ermittlung zukunftsorientierter Wachstumsbereiche für die Innovation eine unternehmerische Bottom-up-Perspektive ein.

Während die Erarbeitung von Strategien für intelligente Spezialisierung grundsätzlich positiv war und der Regionalpolitik ⁽³⁾ zu einem Neubeginn verholfen hat, waren die Verhandlungen über die Erfüllung dieser *Ex-ante*-Konditionalität mit Herausforderungen gespickt, zum Beispiel was die Anzahl der ermittelten Schwerpunktbereiche betrifft und die Qualität des Entrepreneurial-Discovery-Prozesses.

(1) <http://ec.europa.eu/epsc/pdf/presentations/040615vinhassouza.pdf>

(2) Die sich entwickelnde Landschaft der Schwerpunktbereiche der regionalen intelligenten Spezialisierung wird in der EYE@RIS3-Datenbank dokumentiert.

(3) Das Fraunhofer-Institut schloss in einer Studie, dass die intelligente Spezialisierung zu einem umfassenden Wandel der Gepflogenheiten in der regionalen Planung und zu einem besseren Verständnis des regionalen Potenzials geführt hat: www.isi.fraunhofer.de/isi-wAssets/docs/pj/de/vortragsfolien/regionen_cluster/S3_Projekt_2014_final.pdf

Viele Regionen, insbesondere die, die von der Krise hart getroffen wurden, sehen die intelligente Spezialisierung als angemessene Antwort auf knapper werdende öffentliche Ressourcen. Sie erlaubt ihnen „die Krise auf systematische Art und Weise anzugehen, indem sie Quantität durch Qualität ersetzen“ ⁽⁴⁾, d. h. indem der Wirkung von Investitionen Aufmerksamkeit gewidmet und nicht einfach auf die Erhöhung der F&E-Ausgaben abgezielt und außerdem „die Widerstandskraft gesteigert wird, um besser auf die nächste Krise vorbereitet zu sein“.

RIS3-Umsetzung: fünf Herausforderungen

Der nächste Schritt ist, dafür zu sorgen, dass intelligente Spezialisierung in ganz Europa funktioniert. Fünf Elemente sind für die Umsetzung von Strategien für intelligente Spezialisierung und die Förderung der kurzfristigen Erholung sowie der mittel- und langfristigen Wettbewerbsfähigkeit unerlässlich.

- ▶ **1. Ermitteln konkreter Investitionsprojekte**, um die Umstellung zu beschleunigen. Die Mitgliedstaaten und Regionen sollten an einer Pipeline strategischer Projekte arbeiten, die Koinvestitionen in neue Wertschöpfungsketten basierend auf nationalen bzw. regionalen Prioritäten der intelligenten Spezialisierung und europäischen Leitinitiativen fördert.
- ▶ **2. Laufende Nutzung der Entrepreneurial Discovery**, wodurch Beteiligte aus Wirtschaft und Forschung aktiv an der Feinabstimmung der Schwerpunktbereiche und der Anpassung der Strategien an laufende Marktentwicklungen beteiligt sind.

(4) Zitat von Marta Marin, Vertretung der Regierung des Baskenlandes in Brüssel bei der Schulungsveranstaltung der GD Regionalpolitik und Stadtentwicklung zu intelligenter Spezialisierung, Brüssel, 25. Juni 2015.

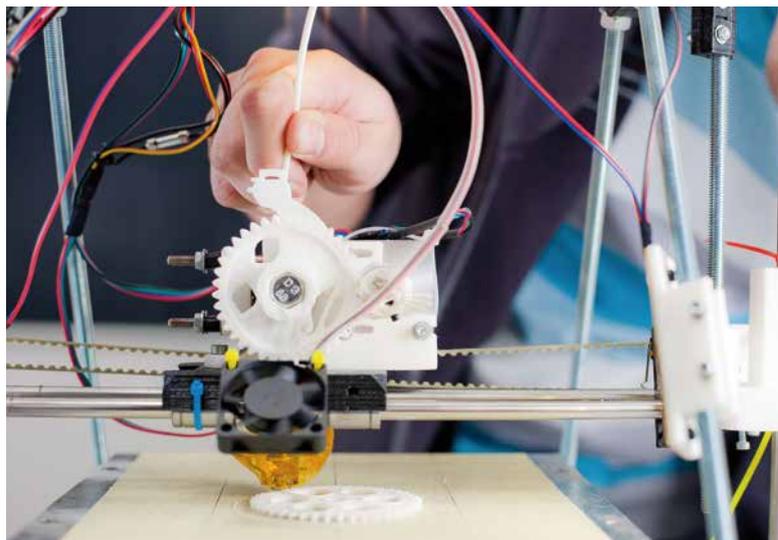
PILOTBEISPIEL

▶ HOCHLEISTUNGSPRODUKTION DURCH 3-D-DRUCKEN

3-D-Drucken hat das Potenzial, den Fertigungsprozess zu revolutionieren und verschiedene Branchen zu verwandeln sowie völlig neue Wertschöpfungsketten und gewerbliche Aktivitäten zu schaffen. Allerdings stehen der Akzeptanz der Technik und dem Durchbruch aufkommender Anwendungen viele Hindernisse entgegen.

Um die Entstehung des Marktes zu beschleunigen, wurde im September 2014 die VI-Pilotinitiative ins Leben gerufen. Sie umfasst heute 22 EU-Regionen. Sie wird durch COSME-Mittel unterstützt, um die Analyse zur Wertschöpfungskette auf 40 weitere Regionen auszuweiten, darunter weniger entwickelte Regionen.

Nachdem die Methodik getestet worden ist, befassen sich die nächsten Schritte mit dem Weg zu konkreten Koinvestitionen mit Beteiligung der Wirtschaft. Die ersten Phasen führten zu sechs Plattformvorschlägen, die verschiedene Wertschöpfungsketten zu einem Netzwerk verbinden: zwei für die Automobilbranche, jeweils eine für den Maschinenbau und die Textilindustrie und zwei für die Kreativwirtschaften. Nach der Netzwerkeinrichtung wurde damit fortgefahren, die erste Vermittlungsveranstaltung vorzubereiten, die das Ziel haben wird, konkrete Nutzenversprechen zu machen und das Engagement der Branche bezüglich der Demonstrationsprojekte zu bestätigen.



- ▶ **3. Überwachen und Bewerten der Wirkung der Politik**, um eine erfolgreiche Umsetzung zu gewährleisten. Dies sollte weniger als nachträgliche Kontrolle verstanden werden, sondern eher als proaktive Lernmöglichkeit, um die laufende Entrepreneurial Discovery und die Strategieentwicklung zu fördern.
- ▶ **4. Finden und Nutzen von Synergien** mit anderen Rahmenwerken und Finanzierungsinstrumenten. Es sollten eher abgestimmte und sich gegenseitig stärkende als fragmentierte politische Ansätze und Strategien geschaffen werden.
- ▶ **5. Aufnahme eines grenzüberschreitenden**, transnationalen oder interregionalen Aspekts, um Skaleneffekte zu erzielen, die das individuelle oder gemeinsame Potenzial besser erfüllen. Bestehende Instrumente wie Interreg haben sich auf die Koordination von Chancen, welche die intelligente Spezialisierung bietet, konzentriert, um eine Wirkung auf länderspezifische operationelle Programme zu erzielen, zum Beispiel durch die internationale Cluster-Zusammenarbeit.

Jenseits der eigenen Region: die Vanguard-Initiative

Das Entstehen neuer sowie die Umstellung bestehender Branchen und die Entstehung von Arbeitsplätzen, die sich daraus ergibt, werden durch intelligente Investitionen in europäische Wertschöpfungsketten gestaltet. Deshalb sind interregionale

Koinvestitionen unerlässlich, um die regionalen Bemühungen weiter voranzubringen. Obwohl er in den meisten nationalen und regionalen RIS3-Strategien eine weniger hervorgehobene Stellung einnimmt, gewinnt der interregionale Aspekt der intelligenten Spezialisierung nun an Schwung; die Führung übernehmen dabei Netzwerke wie die Vanguard-Initiative.

Die 28 Regionen der Vanguard-Initiative⁽⁵⁾ haben sich auf hohem Niveau politisch dazu verpflichtet, bei der Umsetzung ihrer Strategien für intelligente Spezialisierung zusammenzuarbeiten und so das individuelle und gemeinsame Potenzial zu maximieren. Sie identifizieren Bereiche, in denen die Zusammenarbeit zu Skaleneffekten bei Chancen für Unternehmen führen könnten.

Es wurden fünf thematische Pilotinitiativen ins Leben gerufen, um diesen neuen Ansatz zu testen, wobei sich jede mit einem bestimmten Bereich befasst, der für bestimmte Branchen interessant wäre:

(5) Bei der „Vanguard-Initiative für neues Wachstum durch intelligente Spezialisierung“ handelt es sich um ein Netzwerk von Regionen, das sich in politischer Hinsicht dafür einsetzt, die Rolle der Regionen in der europäischen Innovations- und Industriepolitik zu fördern, indem sie bei der Umsetzung der intelligenten Spezialisierung als gutes Beispiel vorangeht. Sie wurde im November 2014 auf einer hochrangig besetzten und gemeinsam mit Flandern organisierten Konferenz der GD Regionalpolitik und Stadtentwicklung zu intelligenter Spezialisierung ins Leben gerufen. Weitere Informationen: www.s3vanguardinitiative.eu/

▶ MODERNE FERTIGUNG FÜR ANWENDUNGEN IM ENERGIEBEREICH UNTER WIDRIGEN (OFFSHORE-) UMWELTBEDINGUNGEN

Die maritime Wirtschaft bietet ein erhebliches Wachstumspotenzial, nicht nur für maritime Regionen, sondern auch für solche mit besonderen Kompetenzen und technischen Fähigkeiten, die für Wertschöpfungsketten im Bereich des blauen Wachstums relevant sind. Die VI-Pilotinitiative möchte Chancen ergreifen, indem sie sich auf Spezialausrüstung und -bauteile für maritime erneuerbare Energien, Offshore-Energie und den Abbau von Rohstoffen konzentriert.

Europäische Wertschöpfungsketten in diesem Bereich sind nicht besonders gut integriert, es findet nur wenig Wissensaustausch statt. Um die Gelegenheiten für gemeinsame Wertschöpfungsketten zu maximieren, arbeiten die Teams, die aus Vertretern der regionalen Regierungen und Cluster bestehen, derzeit an drei Herausforderungen:

- ▶ **1) Am Vernetzen von Einrichtungen:** KMU aus jeder VI-Region müssen die Möglichkeit erhalten, auf Forschungsinfrastruktur zuzugreifen.
- ▶ **2) Am Vernetzen von Lieferanten:** Lieferketten müssen aufgebaut und die Zusammenarbeit von KMU muss gefördert werden.
- ▶ **3) Am Vernetzen von Partnern:** Interregionale Branchenkonsortien zur Entwicklung von Produkten/Dienstleistungen müssen eingerichtet werden.

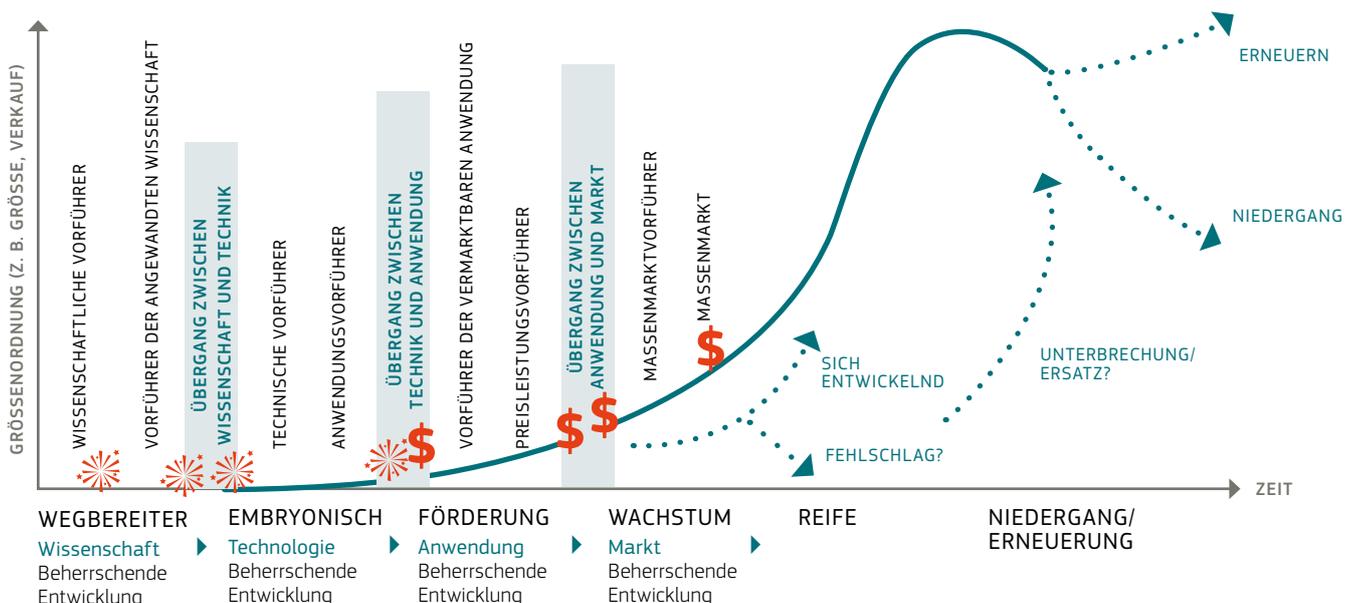
- ▶ Energieanwendungen unter widrigen Umweltbedingungen – Führung: Schottland (UK) und Baskenland (ES).
- ▶ Hochleistungsproduktion durch 3-D-Drucken – Führung: Flandern (BE) und südliche Niederlande (NL).
- ▶ Effiziente und nachhaltige Fertigung – Führung: Katalonien (ES) und Lombardei (IT).
- ▶ Biobasierte Wirtschaft – Führung: Randstad (NL) und Lombardei (IT).
- ▶ Nanotechnologie – Führung: Skåne (SE) und Tampere (FI).

Die Pilotinitiativen haben das Ziel, die Vermarktung innovativer Anwendungen in modernen Fertigungstechniken zu beschleunigen, indem branchenführende, interregionale Demonstrationsplattformen eingerichtet werden. Zu diesem Zweck werden bestehende Initiativen zwischen Regionen vernetzt und verbessert, sodass Aktivitäten vorangetrieben werden können, auf eine weitere Gemeinschaft führender Anwender zugegriffen werden kann und ein klarer Mehrwert im Vergleich zu dem, was bereits besteht, erreicht wird.

Die VI-Methodik für grenzüberschreitende Entrepreneurial Discovery und die Wertschöpfungsanalyse folgt einem Förderprozess, der auf aufeinanderfolgenden Phasen beruht:

- ▶ **1) Lernen** – Indem das Potenzial der Regionen in entstehenden Wertschöpfungsketten gemessen und die ausschlaggebenden Akteure ermittelt werden.
- ▶ **2) Vernetzen** – indem die Akteure „zusammengebracht“ werden.
- ▶ **3) Demonstrieren** – indem Lösungen vorgestellt werden, die Anwendungen dem Markt näherbringen;
- ▶ **4) Vermarkten** – indem in die gewerbliche Einführung koinvestiert wird.

GEMEINSAME DEMONSTRATIONEN ZUR BESCHLEUNIGUNG DER ÜBERGÄNGE



Die Vorführenden sind für die Übergänge zwischen den verschiedenen Phasen im Lebenszyklus einer (neuen) Branche unerlässlich. Nur wenn die Demonstrationsbedingungen erfüllt sind, kann sich die nächste Phase entwickeln.

Quelle: Phaal, O'Sullivan, Routley, Ford & Probert (2011)

Die VI-Pilotprojekte haben das Ziel, die interregionale Zusammenarbeit zu fördern, um die Stichhaltigkeit von Lösungen und das Potenzial für die Vermarktung zu zeigen. Die VI entwickelt darüber hinaus Instrumente zur Beschleunigung des Prozesses der Definition konkreter Projekte für diejenigen, die für die Demonstration zuständig sind. Die Methodik nutzt einen Matrixansatz, der die „vertikale“ Dimension zum Aufbau von Demonstrationsfällen in Wertschöpfungsketten mit der „horizontalen“ Dimension der Bereitstellung fallüberschreitender Dienstleistungen für das Funktionieren des Ökosystems (wie Erfassung, Vermittlung, Fahrpläne, Überschneidungen) verbindet.

Der Weg in die Zukunft: strategische Clusterpartnerschaften für Koinvestitionen

Diese Pilotmaßnahmen sind nun in die entscheidende Phase der Vernetzung der Akteure über neue europäische Wertschöpfungsketten hinweg eingetreten. Um diesen Prozess zu erleichtern, unterstützt die GD Regionalpolitik und Stadtentwicklung Anfang 2016 eine professionelle Vermittlungsveranstaltung, welche die Arbeit der VI-Pilotprojekte beschleunigen soll.

In Zusammenarbeit mit dem Forum für intelligente Spezialisierung plant die GD außerdem die Konsolidierung der Methodik der Vanguard-Initiative in einem Instrumentarium für die interregionale Entrepreneurial Discovery, um sie einem größeren Publikum bekannt zu machen. In vielen Regionen werden so neue Ansätze für die Umsetzung koordinierter Strategien für intelligente Spezialisierung angeregt werden.



Teilnehmer der Veranstaltung „GROW your REGION“.

Dies würde auch zur transnationalen/interregionalen Koordination bei der Konzeptionierung und Umsetzung operationeller Programme beitragen, was immer noch als Schwachpunkt angesehen wird und zwar trotz des starken Bestrebens nach mehr makroregionaler Koordination, wie sie in den makroregionalen Strategien der EU umgesetzt wird⁽⁶⁾.

Der Schlüssel dazu wird sein, eine Fülle strategischer, jedoch nach dem Bottom-up-Ansatz eingerichteter transnationaler und interregionaler Initiativen zu ermutigen und zu stärken, um gemeinsame Wertschöpfungsketten zu entwickeln und zu schaffen, die durch die Regionen und regionalen Akteure ermöglicht, jedoch von Clustern und Branchen geführt werden. Dazu steht nun ein Unterstützungsmechanismus auf mehreren Ebenen für clusterfähige europäische Ökosysteme auf dem Programm.

Um mehr Regionen und Programme dazu zu ermutigen, einen branchengeführten Ansatz anzunehmen und zu strategischen Clusterpartnerschaften überzugehen, organisierten die GDs Regionalpolitik und Stadtentwicklung sowie Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU am 27. und 28. April 2015 die Veranstaltung „GROW your REGION“⁽⁷⁾. Die Veranstaltung brachte 350 regionalpolitische Entscheidungsträger und Vertreter von Clustern zusammen, um gemeinsame Ansätze zur Verwirklichung der intelligenten Spezialisierung und zur wirtschaftlichen Umstellung durch Cluster zu untersuchen.

Die Veranstaltung bestätigte den Bedarf für eine zielgerichtete und strategischere interregionale Zusammenarbeit,

WIE INTELLIGENTE SPEZIALISIERUNG EUROPAS REGIONEN VERWANDELN UND MODERNISIEREN KANN?

SACHSEN, DEUTSCHLAND: Durch strategische öffentlich-private Investitionen wurde die traditionelle Mikroelektronikbranche modernisiert und „Silicon Saxony“ entstand, heute Europas größtes Mikroelektronikcluster.

PODKARPACKIE, POLEN: Eine 70 Jahre alte, schon fast verschwundene Flugzeugbautradition wurde durch spezielle öffentlich-private Eingriffe in ein Aviation-Valley-Cluster verwandelt, das heute Bauteile und Endprodukte in alle Welt liefert.

NORDSCHWEDEN: Eine abgelegene Gegend mit kalten Temperaturen wurde zu einer wertvollen Stärke, die wichtige Automobilhersteller und Kfz-Testeinrichtungen für Daimler, Volkswagen, Toyota, General Motors, Ford, Fiat, Peugeot, Saab und Hyundai angezogen hat.

NORDKARELIEN, FINNLAND: Strategische Investitionen und ein erfolgreiches Cross-Clustering mit Branchen wie der Spieleentwicklung und dem Maschinenbau haben die traditionelle Forstwirtschaft in eine kompetenzbasierte Forst-Biowirtschaft verwandelt. Die Region ist im Bereich forstlicher Bioenergie, dezentralisierter Bioraffinierung und holzbasierter Werkstoffe, Forsttechnik usw. führend.

(6) Der überarbeitete Aktionsplan für den Ostseeraum (Juni 2015) erklärt beispielsweise ausdrücklich, dass, um das Innovationspotenzial der Region vollständig auszuschöpfen, mehr „intelligente, branchen- und regionenübergreifende Partnerschaften... ähnlich denen, die von der Vanguard-Initiative ergriffen werden,“ erforderlich seien.
http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docoffic/official/communic/baltic/action_09062015_en.doc
 (7) http://ec.europa.eu/regional_policy/index.cfm/en/conferences/grow_region/



um auf einen systemischen Ansatz bei der Einrichtung gemeinsamer Ökosysteme umzustellen. Die beiden GDs planen derzeit für diesen Winter einen Folgeworkshop für Experten, der sich mögliche gemeinsame Maßnahmen ansehen wird, um europäische Clusterpartnerschaften für intelligente Spezialisierung zu fördern.

Die Zusammenarbeit mit weiteren Kommissionsdienststellen verspricht weitere Synergieeffekte, darunter:

- ▶ mit der GD Energie bei einem neuen Forum für intelligente Spezialisierung zur Unterstützung der **Energieunion**;
- ▶ mit der GD Kommunikationsnetzwerke, Inhalte und Technologie bei der Rolle „regionaler Drehscheiben“, denen bei der Einführung der **Digitalen Agenda** erhebliche Aufmerksamkeit gewidmet wird;
- ▶ mit der GD Forschung und Innovation, um durch maßgebliche Strategien für intelligente Spezialisierung zum neuen **Aktionsplan Kreislaufwirtschaft** beizutragen.

Diese Entwicklungen zeigen, dass die politischen Unterstützungsmechanismen der EU, insbesondere die Regionalpolitik, die Regionen und Cluster jetzt in die Lage versetzen, das Potenzial ihrer Volkswirtschaften zur Verwandlung Wirklichkeit werden zu lassen und dadurch die Konvergenz des Niveaus der Wohlfahrt in den Regionen zu beschleunigen.

Die nächste Herausforderung lautet, entsprechend der Aufgabe, die der Kommissarin für Regionalpolitik **Corina Crețu** übertragen wurde, ein stimmiges Unterstützungssystem zu konsolidieren, um die Synergieeffekte zwischen verschiedenen politischen Instrumenten zu maximieren.

Um die Grenzen auszuweiten und in der Praxis echte Synergieeffekte zu erreichen, ist es unerlässlich, dass regionale Behörden und Cluster die Führung übernehmen. Sie müssen bei der Entwicklung strategischer Partnerschaften für Koinvestitionen, beim Weg von „Kontakt zu Kontrakt“ und dadurch

HOCHRANGIG BESETZTE KONFERENZ ZUR UMSETZUNG VON STRATEGIEN FÜR INTELLIGENTE SPEZIALISIERUNG JUNI 2016

Die GD Regionalpolitik und Stadtentwicklung wird diese Veranstaltung abhalten, um Bilanz über die europäischen und regionalen Erfahrungen mit der Entwicklung von Ansätzen zur intelligenten Spezialisierung in den letzten Jahren zu ziehen, die ersten Ergebnisse beim Anstoßen interregionaler Zusammenarbeit auf dieser Basis – wie der Vanguard-Initiative und europäischen Cluster-Partnerschaften – zu bewerten und zu untersuchen, wie es weitergehen soll.

Zu den wichtigsten Diskussionspunkten werden die Internationalisierung von Strategien für intelligente Spezialisierung, die Konvergenz von Clusterpolitiken und intelligenter Spezialisierung sowie Synergieeffekte in den Instrumenten zur Unterstützung solcher Maßnahmen in europäischen Innovationsökosystemen gehören.

wiederum bei der Erschließung neuer Geschäftsmöglichkeiten und Wachstumspotenziale gestärkt und unterstützt werden.

▶MEHR DAZU
http://ec.europa.eu/regional_policy/de/information/publications/brochures/2014/smart-specialisation-and-europes-growth-agenda

▶ REGIOSTARS

REGIONALE PROJEKTE
FEIERN, DIE EUROPAS
WICHTIGSTE HERAUS-
FORDERUNGEN ANGEHEN



Die RegioStars, die dieses Jahr bereits zum achten Mal stattfinden, ehren einige der inspirierendsten und innovativsten Projekte, die von den kohäsionspolitischen Fonds der EU unterstützt werden.

Die diesjährigen Finalisten, die in vier Preisverleihungskategorien ausgewählt wurden – intelligentes Wachstum, nachhaltiges Wachstum, integratives Wachstum und CityStars – gehen einige der wichtigsten Probleme an, denen Europa derzeit gegenübersteht.

Eine unabhängige RegioStars-Jury unter dem Vorsitz von MdEP **Lambert Van Nistelrooij** hat aus 143 Bewerbern 17 Finalisten ausgewählt. Die Finalisten in den jeweiligen Kategorien sowie Links, unter denen Sie mehr über diese erfolgreichen und wegweisenden Projekte erfahren, finden Sie unten. Die Gewinner werden während der OPEN DAYS am 13. Oktober 2015 in Brüssel bekannt gegeben.

▶ INTELLIGENTES WACHSTUM

Ausschöpfen des KMU-Wachstumspotenzials für eine digitale Wirtschaft.

▶ DIGITALER TOURISMUS

Wales (Vereinigtes Königreich)

Das Projekt hat walisische KMU in der Tourismusbranche von einer relativen Unreife im E-Business-Bereich in das digitale Zeitalter geführt.

▶ www.visitwales.com

▶ AGRIPIR

Europäische territoriale Zusammenarbeit – Baskenland, Katalonien (Spanien), Midi-Pyrénées, Aquitanien (Frankreich)

Agripir hat in der traditionellen Landwirtschaft innovative Technologien eingeführt und die in den Hochebenen der Pyrenäen gelegene Region wettbewerbsfähiger gemacht.

▶ www.agripir.com

▶ SKANDINAVISCHES SPIELENTWICKLER

Europäische territoriale Zusammenarbeit – Midtjylland (Dänemark), Västsverige (Schweden)

Das Projekt bietet Jungunternehmern im Bereich digitaler Spiele Unternehmensberatung und Training.

▶ www.videndjurs.dk

▶ AUSBAU DES TECHNOLOGIEPARKS TORUŃ

Kujawsko-Pomorskie (Polen)

Eine Weltklasseinfrastruktur im Technologiepark Toruń bietet Unternehmern, die neue Unternehmen aufbauen, Unterstützung.

▶ www.smartspace.io/en

▶ NACHHALTIGES WACHSTUM

Mobilisieren von Investitionen in Energieeffizienz zugunsten der Bürger und der Gesellschaft.

▶ MILD HOME

Europäische territoriale Zusammenarbeit – Burgenland (Österreich), Yuzopaden (Bulgarien), Thessalien (Griechenland), Közép-Dunántúl (Ungarn), Veneto, Emilia-Romagna (Italien), Vest (Rumänien), Belgrad (Serbien)

Partner aus sieben Ländern haben sich zusammengetan, um nachhaltigere Baumethoden und ein Ökosiedlungskonzept zu entwickeln.

▶ www.mildhome.eu/

▶ PICSA

Andalusien (Spanien)

Das nachhaltige Bauprogramm in Andalusien macht das Baugewerbe der Region umweltfreundlicher und hilft, Arbeitsplätze zu schaffen.

▶ www.agenciaandaluzadelaenergia.es/ciudadania/programa-de-impulso-la-construccion-sostenible-de-andalucia/

▶ UMWELTFOND LONDON

London (Vereinigtes Königreich)

EU- und andere öffentliche Mittel steigern den Umfang und die Geschwindigkeit der umweltfreundlichen Infrastruktur in ganz London.

▶ www.leef.co.uk/



„Es ist eine erhebende Erfahrung zu sehen, wie die Regionalpolitik innovative Lösungen

ermöglichen kann, indem sie lokalen Akteuren Mittel bereitstellt, sodass diese ihre visionären Ideen Wirklichkeit werden lassen können.“

▶ LAMBERT VAN NISTELROOIJ – MITGLIED DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS, PRÄSIDENT DER REGIOSTARS-JURY 2015

▶ INTEGRATIVES WACHSTUM

Integration von Menschen, die von sozialer Ausgrenzung bedroht sind, in die Gesellschaft.

▶ CHANCE AUF ARBEIT

Prag, Střední Čechy, Severozápad (Tschechische Republik)

Ehemalige Strafgefangene und Arbeitgeber wurden zusammengebracht, um zu erkunden, was Menschen, die aus dem Gefängnis entlassen werden, dem Arbeitsplatz bieten können.

▶ www.rubikoncentrum.cz

▶ MOMENTUM

Irland

Das in ganz Irland aktive Projekt hat Langzeitarbeitslosen geholfen, wieder Zugang zum Arbeitsmarkt zu finden.

▶ www.momentumskills.ie

▶ FAMILIENÄHNLICHE ZENTREN IN BURGAS

Yugoiztochen (Bulgarien)

Neue Wohnmöglichkeiten und Sozialdienste, um benachteiligten Kindern ein besseres Leben zu ermöglichen.

▶ www.burgas.bg

▶ FIT FOR WORK

Wales (Vereinigtes Königreich)

Mit Betreuungsangeboten für die körperliche und geistige Gesundheit hat Fit for Work über 1 600 Arbeitnehmern geholfen, langfristige Krankschreibungen zu reduzieren.

▶ www.rcs-wales.co.uk

▶ DIRITTI A SCUOLA

Apulien (Italien)

Basierend auf einer Mischung aus Bildung und sozialen Diensten konnte dieses Projekt die Anzahl der Schulabbrecher in der Region drastisch senken.

▶ www.pugliausr.it/default.aspx?Page=Office_Section&code=132&tipo=1

▶ CITYSTAR

Städte für zukünftige Herausforderungen fit machen.

▶ FÖRETAGSAMMA VH

Västsverige (Schweden)

Zur Förderung von Unternehmen und Unternehmertum bot das Projekt Beratung für Jungunternehmer, neu gegründete und etablierte Unternehmen.

▶ www.foretagsammavastrahisingen.se

▶ IMAGINE

Europäische territoriale Zusammenarbeit – Severoiztochen (Bulgarien), Oberbayern (Deutschland), Syddänmark (Dänemark), Katalonien (Spanien), Nord-Pas de Calais (Frankreich), Emilia-Romagna (Italien), Nord-Vest (Rumänien), Berkshire, Buckinghamshire und Oxfordshire (Vereinigtes Königreich)

Acht Partnerstädte bringen Einwohner und lokale Organisationen zusammen, um einen nachhaltigeren Energieeinsatz zu erarbeiten.

▶ www.imaginelowenergycities.eu

▶ TORRENT DELS MADUIXERS

Katalonien (Spanien)

Eine moderne Abfallbehandlungsanlage reduziert Barcelonas CO₂-Emissionen und bietet gleichzeitig neue Räume für die Gemeinschaft.

▶ <http://w2.bcn.cat/obres/es/europa>

▶ EUROSTADT CHAVES-VERÍN

Europäische territoriale Zusammenarbeit – Galicien (Spanien), Norte (Portugal)

Die beiden Städte haben sich zusammengetan, um durch ein gemeinsames Angebot an Gemeindedienstleistungen und -einrichtungen eine „Eurostadt“ zu gründen.

▶ <http://en.euroidadechavesverin.eu/>

▶ IMPLEMENT

Europäische territoriale Zusammenarbeit – Midtjylland (Dänemark), Västsverige (Schweden), Sør-Østlandet (Norwegen)

Um den Einsatz von Biogas im Verkehr und beim Heizen zu beschleunigen, hat Implement nachhaltige Initiativen und Instrumente entwickelt.

▶ www.energiibyenskive.dk

▶ MEHR DAZU

▶ http://ec.europa.eu/regional_policy/en/regio-stars-awards/

▶ MIT EIGENEN WORTEN

SO SEHEN INTERESSENVERTRETER
DIE KOHÄSIONSPOLITIK 2014-2020

Panorama
freut sich auf
Ihre Beiträge!

„Mit eigenen Worten“ ist die Rubrik von *Panorama*, in der lokale, regionale, nationale und europäische Interessenvertreter ihre Meinung zur reformierten Kohäsionspolitik kundtun und ihre Pläne für den Zeitraum 2014-2020 beschreiben können.

Panorama freut sich auf Ihre Beiträge in eigener Sprache, die eventuell in künftigen Ausgaben erscheinen werden. Setzen Sie sich mit uns in Verbindung, um weitere Informationen über Abgabefristen und Richtlinien für Ihren Beitrag zu erhalten.

▶ regio-panorama@ec.europa.eu

▶ IRLAND

▶ VERBESSERUNG DER PROGRAMMUM- SETZUNG ALS „STÄRKER ENTWICKELTE“ REGION

Wir freuen uns sehr auf die Vorteile, die das operationelle Programm für die Region Border, Midland and Western (BMW) für den Zeitraum 2014-2020 unserer Region bringen wird. Die Region Border, Midland and Western ist eine vor allem ländlich geprägte Region und da sie kürzlich als „stärker entwickelte“ Region eingestuft wurde, konzentriert sich unser neues Programm auf eine begrenzte Anzahl an Schwerpunktthemen, was sich nachweisbar auf die ausgewählten Investitionsprioritäten auswirken wird.

Wir begrüßen die neue Betonung des Erreichens klarer Ergebnisse in den Programmen für 2014-2020 und arbeiten daran, die Effektivität der Programmumsetzung zum Beispiel durch die Einführung des elektronischen Datenaustauschs (E-Cohesion) und die Nutzung vereinfachter Kostenoptionen zu verbessern. Das neue Programm wird in der Region für eine stärkere angewandte Forschung, die mit der Wirtschaft zusammenarbeitet, sorgen, für allgemeines Hochgeschwindigkeits-Breitband in jedem Dorf und jeder Stadt – davon werden 145 000 Haushalte profitieren, eine kontinuierliche Unterstützung für bis zu 15 000 Unternehmen durch die lokalen Wirtschaftsagenturen (LEOs) und Enterprise



Ireland, Energieeffizienz in über 10 000 sozialen Wohnbauprojekten und Haushalten mit einem geringen Einkommen sowie die Unterstützung für Strategien der nachhaltigen Stadtentwicklung mit wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Vorteilen.

Durch das aus dem EFRE kofinanzierte Programm in Höhe von 320 Mio. EUR erhalten Unternehmen in unserer Region umfassende Unterstützung. Dazu gehört die unmittelbare Unterstützung für Forschung und Innovation sowie Chancen zur Beteiligung an Forschungsprogrammen und Innovations-

partnerschaften mit Forschungszentren, die an unternehmensspezifischen Forschungsprojekten arbeiten. Auch im Rahmen dieses Programms werden Kleinstunternehmen weiterhin durch die LEOs mit Geschäftsinformationen, Beratungsleistungen, Mentoring zum Kapazitätsaufbau und finanzieller Förderung unterstützt. Ein KMU-Entwicklungsprogramm für Unternehmen des produzierenden Gewerbes und international gehandelte Dienstleistungsunternehmen gehört ebenfalls weiterhin dazu. Auch das Umfeld für die KMU-Entwicklung in der Region und das Potenzial für E-Business-Anwendungen wird durch die Bereitstellung von allgemeinem Hochgeschwindigkeits-Breitband in Gegenden, die derzeit noch nicht bedient werden, erheblich verbessert werden.

Das Programm steht auch für eine strategische Umstellung vom Aufbau der Forschungsinfrastruktur auf die Unterstützung angewandter Forschung und Kommerzialisierung mit einer stärkeren Betonung der Einbindung der Industrie in finanzierte Forschungsprojekte im Einklang mit Irlands Strategie für intelligente Spezialisierung.



► Forschung im Bereich der chemischen und biologischen Analyse von Giftstoffen in der Dienststelle für Meeresumgebung und Lebensmittelsicherheit.

Die Umsetzung des Programms durch unsere Partner in Ministerien, staatlichen Organen, lokalen Behörden und Hochschuleinrichtungen stellt sicher, dass die Einführung aller Maßnahmen, einschließlich der Projektauswahl und -genehmigung, der Auszahlungsanträge und Ausgabenerklärungen, effizient und zum Wohle der ausgewählten Empfänger in der Region durchgeführt wird.

GERRY FINN – Direktor, Verwaltungsbehörde für das operationelle Programm für die Region Border, Midland and Western 2014-2020

► LITAUEN

► ENERGIEEFFIZIENZ IN LITAUEN: FINANZINSTRUMENTE SIND DIE ANTWORT

Effiziente Energie ist einer der wichtigsten Motoren einer umweltfreundlicheren Wirtschaft und für das Einsparen öffentlicher und privater Ausgaben. Deshalb ist Energieeffizienz eines der strategischen Hauptziele des litauischen operationellen Programms für EU-Investitionen im Zeitraum 2014-2020.

Umstellung auf eine effizientere Energienutzung

Im Verlauf des letzten Jahrzehnts ist die Energieeffizienz in Litauen schnell gewachsen, das Energieniveau liegt jedoch weiterhin viel höher als in vielen Mitgliedstaaten. Einer der Wege, die Energieeffizienz zu verbessern, ist die Sanierung alter Wohnblöcke, von denen Litauen ungefähr 37 000 hat. Um diesen Prozess erfolgreich zu handhaben, setzen wir seit 2009 Finanzinstrumente für die Sanierung von Wohnblöcken ein.

Von Anfang an sahen wir uns verschiedenen Herausforderungen gegenüber – nicht nur finanziellen, sondern auch bei der Änderung der öffentlichen Meinung, nach der Sanierungen angeblich nicht effektiv sind. Heute sprechen die Zahlen für sich und wir können erfreut sagen: Wir bemühen uns nun die hohe Qualität der Sanierung aufrechtzuerhalten, da die Nachfrage nach Darlehen größer ist als die verfügbare Finanzierung. Analysen zeigen, dass der Energieverbrauch in einigen Gebäuden nach der Sanierung um 50% gesunken ist. Energieeffizienz kann und muss jedoch an mehr als der Anzahl der sanierten Gebäude oder umgesetzten Energieeffizienzmaßnahmen gemessen werden. Es geht auch um Lebensqualität und ein sicheres, gesundes Umfeld.

Nutzung von Finanzinstrumenten

EU-Mittel und Finanzinstrumente waren in diesem Prozess unerlässlich und sind es immer noch. 2009 wurde der mit 227 Mio. EUR ausgestattete JESSICA-Holding-Fonds für die Sanierung von Wohnblöcken eingerichtet. Da der Einsatz von Finanzinstrumenten im Energiesektor die Erwartungen erfüllt hat und eine Reihe vorbereiteter Projekte eine hohe Nachfrage gezeigt hat, wurden innerhalb des Finanzrahmens für 2014-2020 drei neue Fonds eingerichtet: JESSICA II, der



Fonds für die Sanierung von Wohnblöcken (MBMF) und der Energieeffizienzfonds (ENEF).

Der von der Nationalen Agentur für die Entwicklung öffentlicher Investitionen verwaltete MBBF ist ein mit 30 Mio. EUR ausgestattetes Finanzinstrument, JESSICA II dagegen ist ein „Fonds von Fonds“ (150 Mio. EUR) und wurde eingerichtet, um große Privatinvestitionen anzuziehen, um die Hebelwirkung der EU-Fonds zu steigern und die hohe Nachfrage nach Investitionen zu erfüllen.

Der neu eingerichtete ENEF (79 Mio. EUR) ist dazu da, Kredite für die Sanierung öffentlicher Gebäude bereitzustellen und Bürgschaften für Straßenbeleuchtungsprozesse zu gewähren. Aufgaben des Fonds sind nicht nur die Investition in Projekte, sondern auch die Entwicklung des ESCO-Modells, das in Litauen bisher nicht umfassend umgesetzt wurde. Dadurch werden Privatinvestitionen und Erfahrungen aus Privatunternehmen angezogen, um EU-Mittel effektiver nutzen und Risiken reduzieren zu können. Derzeit sucht die Agentur für die Entwicklung öffentlicher Investitionen nach möglichen Investoren, die in litauische Energieeffizienzprojekte investieren möchten.

Im Zeitraum 2014-2020 möchten wir die Chance ergreifen, die Kapitalrendite der EU-Mittel zu erhöhen und so umfassend wie möglich Rotationsfonds einzusetzen. Deshalb planen wir einen breit gefächerteren Einsatz von Finanzinstrumenten. Um Chancen und das Potenzial von Finanzinstrumenten in anderen Bereichen der öffentlichen Infrastruktur, wie Energie, Wasserbehandlung, Verkehr, Straßeninfrastruktur, IT und andere, zu bewerten, wird gerade eine Analyse der Marktbedürfnisse erarbeitet.

ALOYZAS VITKAUSKAS – Stellvertretender Finanzminister, Litauen Vorsitzender des Begleitausschusses für das litauische operationelle Programm 2014-2020

▶ PORTUGAL

▶ STEIGERUNG DER WETTBEWERBSFÄHIGKEIT AUF DEN AZOREN

Die Inselgruppe der Azoren besteht aus neun bewohnten Inseln im mittleren Atlantik und erstreckt sich über ein



Gebiet von über 600 km. Aufgrund der Charakteristika des Gebiets und seiner Wirtschaft ist die Autonome Region Azoren schon immer nach Artikel 349 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union als Gebiet in äußerster Randlage eingestuft worden. Im Programmplanungszeitraum 2007–2013 spielt das operationelle EFRE-Programm PROCONVERGENCIA eine entscheidende Rolle bei der Finanzierung der öffentlichen Investitionen der Autonomen Region Azoren.

PROCONVERGENCIA ist ein umfassendes Programm, das eine große Bandbreite an Unterstützungsmöglichkeiten für die grundlegende Anbindung sowie die Bildungs-, soziale und ökologische Infrastruktur enthält, einschließlich einer Reihe von Instrumenten, um zu Privatinvestitionen zu ermutigen und diese zu unterstützen und externe wirtschaftliche Möglichkeiten für regionale Unternehmen zu schaffen. Eine Reihe von Projekten kann hervorgehoben werden, die für die erreichten Ergebnisse stehen, zum Beispiel:

- ▶ Anbindung der westlichen Inselgruppe an den Ring um die äußeren Inseln durch ein Unterwasserglasfaserkabel.
- ▶ Bau funktionaler Gebäude für die Universität der Azoren sowie einer umfassenderen Bandbreite an Maßnahmen an öffentlichen Schulen.
- ▶ Ausbau eines Krankenhauses auf der Insel Faial, das eine große Anzahl von Patienten der zentralen und westlichen Inselgruppe betreut.

Gesamtkosten:
15 600 000 EUR
EU-Mittel:
7 400 000 EUR

▶ Die auf den Azoren hergestellten Biomassepellets werden in lokalen Unternehmen zur Stromerzeugung verwendet, zum Beispiel in der Milchproduktion.

▶ Restaurierung eines Leuchtturms, wodurch er in ein Vulkanologiezentrum umgebaut wurde, das 2011 einer der RegioStars-Gewinner war.

▶ Straßeninfrastruktur auf der Insel Terceira, die den Meereshafen, den Fischereihafen, den Flughafen und ein wichtiges Industriegebiet an die Stadt Angra do Heroísmo, das wichtigste Verwaltungszentrum, anbindet.

Insbesondere im Hinblick auf die Anregung von Privatinvestitionen fasst das Projekt „Produktion von Biomassepellets in der Autonomen Region Azoren“ die Prioritäten von PROCONVERGENCIA kurz und bündig zusammen:

- ▶ 1) Transformation lokaler Rohstoffe;
- ▶ 2) Produktion eines regionalen Produkts mit einer Ressource, die im Herzen der regionalen Wirtschaft steht; und
- ▶ 3) Förderung des Exports regionaler Produkte.

Mit diesem Geschäftsplan wächst die Branche, da Beschränkungen des lokalen Markts aufgehoben werden. Dadurch wird in einer Branche, die für die regionale Wirtschaft wichtig ist, ein Clusteransatz eingeführt und es bieten sich gute Aussichten für eine Internationalisierung. Der Empfänger, das Unternehmen NaturalReason, hat gleichzeitig drei Projektanträge auf drei Azoreninseln eingereicht (São Miguel, Terceira und Pico), die alle über vollständig autonome wirtschaftliche Einheiten und eine eigene Verwaltung verfügen und jeweils ein eigenes Segment des regionalen Marktes beliefern werden. Außerdem sind sie berechtigt, entsprechend ihrer Kapazitäten in der Leistungserfüllung selbstständig Lieferverträge abzuschließen. Wir gehen davon aus, dass auf jeder Insel 19 Arbeitsplätze entstehen werden.

RUI AMANN – *Verwaltungsbehörde,
Autonome Region der Azoren*



**VERLEIHEN
SIE IHRER
STIMME
GEHÖR**

regio-panorama@ec.europa.eu

►NACHRICHTEN

[IN KÜRZE]



ÖFFENTLICHE ANHÖRUNG ZUM THEMA ENERGIE-UNION UND INTELLIGENTE INSELN

INSULEUR, das Netzwerk der Inselindustrie- und -handelskammer der Europäischen Union, hat am 10. Juli eine öffentliche Anhörung vor dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss durchgeführt. Die Veranstaltung mit dem Titel „Energy Union and Smart Islands“ (Energieunion und intelligente Inseln) befasste sich mit den Herausforderungen sowie Chancen von Inseln im Hinblick auf die Energiepolitik.

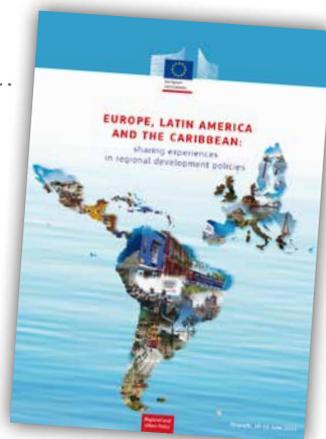
Die Energieunion ist eine der Hauptprioritäten der Juncker-Kommission – ihr Ziel ist es, die Bürger und Unternehmen der EU mit sicherer, nachhaltiger, wettbewerbsfähiger und bezahlbarer Energie zu versorgen – und in diesem Rahmen sind die zahlreichen Inseln in der EU Sonderfälle, in denen deutlich andere Bedingungen in den Bereichen Infrastruktur und Energieversorgung vorliegen als auf dem europäischen Festland. Diese Gebiete, in denen 20 Millionen Menschen – circa 4 % der EU-Bevölkerung – leben, stellen einen wichtigen Teil des europäischen Energienetzes dar.

Zwar sind Inseln oft abgelegen und schlecht angebunden und repräsentieren einen kleineren Marktanteil, sie haben aber auch enorme Vorteile im Hinblick auf erneuerbare Energien – Sonnen-, Wind- und Meeresenergie. Dank ihrer kleinen und integrierten Märkte bieten sie deshalb ideale Bedingungen für Pilotprojekte im Bereich Energieeffizienz.

Mit 38 Mrd. EUR, die 2014-2020 aus dem EFRE und dem Europäischen Fonds für strategische Investitionen für Projekte in den Bereichen Energieeffizienz und erneuerbare Energien vorgesehen sind, könnten die Inseln der EU intelligente Techniken erwerben und wahre Pioniere der nachhaltigen Energie werden.

►MEHR DAZU

www.insuleur.org/noticia.php?Cod_not=172



EU-CHINA- UND EU-CELAC-BERICHTE

Vor Kurzem wurden zwei neue Berichte zu internationalen Beziehungen veröffentlicht; sie stehen auf der Inforegio-Website zur Verfügung.

Der erste Bericht befasst sich mit der politischen Zusammenarbeit zwischen der EU und China von 2006 bis 2015 und bietet einen Überblick über neun Jahre regionalpolitische Zusammenarbeit zwischen der Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung der Europäischen Kommission und Chinas Nationaler Kommission für Entwicklung und Reform. Jährliche hochrangig besetzte Seminare, gemeinsame Berichte und Ortsbegehungen mit regionalen und städtischen Behörden beider Seiten haben sich als sehr erfolgreich dabei erwiesen, den Erfahrungsaustausch zu regionalen und Stadtentwicklungsproblemen, Kapazitätsaufbau und anderen Themen zu fördern. Der Bericht wirft einen Blick auf die weitere Zusammenarbeit im Rahmen der Strategischen Agenda für Zusammenarbeit 2020 zwischen der EU und China.

Der zweite Bericht wurde so veröffentlicht, dass er mit dem EU-CELAC-Gipfel im Juni 2015 zusammenfällt und fasst die acht Jahre der Zusammenarbeit zwischen der EU und den lateinamerikanischen und karibischen Ländern in den Bereichen Regionalpolitik, Stadtentwicklung und grenzüberschreitende Politik zusammen. Der reich illustrierte Bericht enthält viele Projektbeispiele sowie Aussagen von **Kommissarin Crețu** und Ministern der lateinamerikanischen Partnerländer.

►MEHR DAZU

http://ec.europa.eu/regional_policy/de/policy/cooperation/international/



Am 28. Juli gab die Europäische Kommission den Startschuss für die EU-Strategie für den Alpenraum – EUSALP. Die Strategie umspannt 7 Länder mit 70 Millionen Bürgern und hat das Ziel, eine stärkere Zusammenarbeit in der Region zu erreichen und so Wachstum, Infrastruktur, Umweltschutz und Energiemanagement zu fördern.

Die Alpen sind traditionell eine der reichsten Gegenden der Welt und ein Brennpunkt der wirtschaftlichen Aktivität und Innovation in Europa. Dennoch sehen sich die Länder in der Region zahlreichen gemeinsamen Problemen gegenüber, nicht zuletzt im Hinblick auf Vernetzung und Klimawandel.

EUSALP ist die vierte makroregionale Strategie der EU – ein integrierter Rahmen, der die Mitgliedstaaten und Nachbarländer eines geografischen Gebiets miteinander verbindet. Indem die Strategien auf bereits bestehenden Netzwerken und EU-Programmen, wie den ESI-Fonds, aufbauen, möchten sie gemeinsame Herausforderungen angehen und einen besseren wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt schaffen.

EUSALP umfasst 7 Länder – Deutschland, Frankreich, Italien, Liechtenstein, Österreich, die Schweiz und Slowenien – mit 48 Regionen und wird sich hauptsächlich auf vier Politikbereiche konzentrieren.

▶1. Wirtschaftswachstum und Innovation: Förderung und Unterstützung von Forschung, Tourismus und KMU;

▶2. Vernetzung und Mobilität: Verbesserung von Straßen, des Schienennetzes und des Breitbandzugangs in entlegenen Gebieten;

▶3. Umwelt und Energie: Zusammenfassung gemeinsamer Ressourcen, um die Umwelt zu bewahren und die Energieeffizienz zu fördern;

▶4. Ein solides und effizientes Modell für die politische Steuerung für die Region.

Corina Crețu, EU-Kommissarin für Regionalpolitik, hat sich im Hinblick auf Potenzial und Realisierbarkeit von EUSALP absolut zuversichtlich geäußert: „Die Regionen des Alpenraums blicken auf eine lange Tradition der Zusammenarbeit zurück. Es bestehen bereits eine Reihe von Netzwerken und die Strategie hat den Ehrgeiz, diese bestehende Solidarität weiter zu stärken. Es ist die vierte makroregionale Strategie in Europa und die Erfahrung hat gezeigt, dass ihr Erfolg in hohem Maße von Engagement und Verantwortlichkeit abhängt. Wir brauchen deshalb eine starke politische Führung und eine aktive Einbindung aller regionalen und nationalen Partner, um das Potenzial der EU-Strategie für den Alpenraum vollständig auszuschöpfen.“

Die Strategie soll nun im Verlauf des Jahres vom Europäischen Rat anerkannt werden.

▶MEHR DAZU

http://ec.europa.eu/regional_policy/de/policy/cooperation/macro-regional-strategies/alpine/

DIGITALE UMSTELLUNG IN KMU

Im Oktober startet die GD Kommunikationsnetzwerke, Inhalte und Technologie einen Aufruf zur Interessensbekundung, um die Errichtung eines neuen regionalen Ökosystems anzuregen, das technische Unterstützung und Finanzierungsmöglichkeiten für die digitale Umstellung in KMU und mittelgroßen Unternehmen einrichtet (ein Unternehmen mit einem Kurswert von 2 bis 10 Mrd. USD). Während Phase 2 des Programms

(2015-2018) können regionale Kompetenzzentren, die als Innovationsdrehscheiben agieren, Finanzierung beantragen, um die Durchführbarkeit einer nachhaltigen technischen Zusammenarbeit zwischen dem Kompetenzzentrum und den KMU und mittelgroßen Unternehmen der Region zur Übertragung hochmoderner Technologie zu beurteilen, welche die digitale Umstellung ermöglicht. Darüber hinaus wird die Möglichkeit untersucht werden, eine solche Zusammenarbeit mit regionalpolitischen Mitteln zu unterstützen.

▶MEHR DAZU
www.i4ms.eu

I4MS

▶ NEUER LEITFADEN ZUR KOSTEN-NUTZEN- ANALYSE IN DER PROJEKTBEURTEILUNG

Für den Programmplanungszeitraum 2014-2020 sind ungefähr 500 Investitions Großprojekte vorgesehen, sodass der erforderliche Bewertungsansatz – die Kosten-Nutzen-Analyse – verändert wurde, um den neuen Anforderungen gerecht zu werden; er wurde in einem neuen Leitfaden für Interessengruppen veröffentlicht.

Ein wichtiges Element der Strategie Europa 2020 ist, die Projekte auszuwählen, die einen hohen Nutzen für das investierte Geld bieten und sich deutlich auf Arbeitsplätze und Beschäftigung auswirken.

Aufgrund dessen müssen alle Großprojekte (also Projekte mit förderfähigen Kosten von über 50 Mio. EUR), die unter operationelle Programme des EFRE und des Kohäsionsfonds fallen, durch ein Verfahren für die Kosten-Nutzen-Analyse gerechtfertigt werden, das mittlerweile eine obligatorische Voraussetzung für die Kofinanzierung ist.

Die Kosten-Nutzen-Analyse ist ein analytisches Instrument, das verwendet wird, um eine Investitionsentscheidung zu beurteilen. Sie hilft, die Veränderungen beim Gemeinwohl, die auf das Projekt zurückzuführen sind, sowie seinen Beitrag zu den kohäsionspolitischen Zielen der EU zu bewerten.

Im Rahmen der reformierten Kohäsionspolitik wurden die Anforderungen an die Kosten-Nutzen-Analyse in der Projektbeurteilung und Entscheidungsfindung gestärkt und ein Leitfaden wurde herausgegeben, in dem die neuen Verfahren beschrieben werden.

Verifizierbare Methoden

Bei der Kosten-Nutzen-Analyse geht es darum, den Nutzen und die Kosten des Projekts für die Gesellschaft in finanzieller Hinsicht zu messen. Sie dient nationalen und regionalen Behörden als wichtiges Verwaltungsinstrument. Eine auf Nachweisen basierende und erfolgreiche Politik verlangt, dass Investitionsentscheidungen aufgrund objektiver und verifizierbarer Methoden getroffen werden. Deshalb hat die Kommission schon immer den Einsatz der Kosten-Nutzen-Analyse für Projekte im Wert von über 50 Mio. EUR befürwortet.



„Die Kosten-Nutzen-Analyse will ein einheitliches Verfahren für Beurteilungsentscheidungen im Hinblick auf ihre Folgen bereitstellen. Die Kommission setzt den Trend bei der Kosten-Nutzen-Analyse.“

▶ PROFESSEUR MASSIMO FLORIO – UNIVERSITÄT MAILAND, DER IN DEN LETZTEN 20 JAHREN AN DER ERARBEITUNG DER METHODIK DER KOSTEN-NUTZEN-ANALYSE BETEILIGT WAR

Die Analyse soll helfen zu bestätigen, ob ein Projekt EU-Mittel benötigt und es wert ist, Ressourcen aus den ESF-Fonds zu erhalten.

Um eine Zustimmung zur Kofinanzierung eines Großprojekts sicherzustellen, muss die betroffene Verwaltungsbehörde spezielle Informationen bereitstellen. Die Prinzipien, Methoden und Kriterien, die in dem neuen Leitfaden vorgestellt werden, helfen Empfängern, Entscheidungsträgern des öffentlichen Sektors und unabhängigen Prüfern, besser zu verstehen, welche Informationen notwendig sind, um den sozioökonomischen Nutzen und die Kosten eines Investitionsprojekts zu beurteilen.

Gemeinsamer Ansatz

Der aktualisierte Leitfaden konzentriert sich auf die praktischen Elemente und trägt dabei den jüngsten wissenschaftlichen Entwicklungen in der Wohlfahrtsökonomie Rechnung, um gründlich zu analysieren, ob der Gesellschaft mit dem Projekt gedient wäre. Sein Zielpublikum ist eine große Bandbreite an Nutzern, darunter Länderreferenten der

Kommission, Beamte der Mitgliedstaaten und Kandidatenländer, Mitarbeiter von Finanzinstituten und Berater, die an der Vorbereitung oder Bewertung von Investitionsprojekten mitwirken.

Die Schritte der Kosten-Nutzen-Analyse umfassen eine Finanzanalyse, wirtschaftliche Analyse und Risikobewertung einer ausgewählten Investitionsoption sowie eine Umweltverträglichkeitsprüfung. Die Kosten-Nutzen-Analyse erfordert eine Antwort auf die Frage, inwiefern das Projekt den relevanten Prioritätsachsen des betroffenen operationellen Programms entspricht und welcher Beitrag von ihm im Hinblick auf das Verwirklichen der spezifischen Ziele dieser Prioritätsachsen sowie der sozioökonomischen Entwicklung erwartet wird.

Um das Wissen über die Kosten-Nutzen-Analyse und ihre praktische Anwendung in den verschiedenen von dem Leitfaden abgedeckten Bereichen zu fördern, wurde eine Reihe von Fallstudien in Bereichen wie Verkehr, Umwelt, Energie, Breitband, F&E und Innovation bereitgestellt.

Höhere Grenzwerte und weniger Großprojekte

Die Investitionsprojekte der Kohäsionspolitik müssen die gesamte Strategie Europa 2020 ansprechen und bei der Nutzung der vielfältigen EU-Finanzquellen, wie den ESI-Fonds

und Horizont 2020, einem integrierten Ansatz folgen. Potenzielle Großprojekte müssen zu den thematischen Zielen der EU passen, aber auch zu den Investitionsschwerpunkten sowie bestimmten Zielen und sie müssen mittels Ergebnissen und Kennzahlen bewertet werden. Durch diesen Ansatz wird eine unmittelbare Verbindung zwischen Projekten und Programmen hergestellt. Die Ergebnisse können durch physikalische Kennzahlen gemessen werden.

Für den Programmplanungszeitraum 2014-2020 wurden die Grenzwerte erhöht (75 Mio. EUR für Verkehrs- und Energieprojekte nach dem 7. thematischen Ziel) und an die förderfähigen Kosten (nicht die Gesamtkosten) geknüpft. Demnach wird es weniger Großprojekte geben. Im Zeitraum 2007-2013 wurden ungefähr 80 Mrd. EUR in über 1 000 Großprojekte investiert. Für den Zeitraum 2014-2020 wird aufgrund der geänderten Grenzwerte mit rund 500 Investitionsprojekten gerechnet – sie sollten von den Mitgliedstaaten in ihren operationellen Programmen ausgewiesen werden.

Schlüsselrolle für JASPERS-Expertise

Bei der Erarbeitung und Bewertung von Großprojekten spielt JASPERS – ein Gemeinschaftsprojekt von Kommission (GD Regionalpolitik und Stadtentwicklung), Europäischer Investitionsbank und Europäischer Bank für Wiederaufbau und Entwicklung – als unabhängiger Experte und Berater eine größere Rolle. Großprojekte müssen von JASPERS überprüft und bei der Kommission eine unabhängige Qualitätsprüfung eingereicht werden, um über alle Mitgliedstaaten und Branchen hinweg faire Voraussetzungen sicherzustellen.

Die Einbeziehung von JASPERS kann dazu beitragen, dass Projekte ordnungsgemäß vorgestellt werden, und durch die unabhängige Qualitätsprüfung erhöht sich die Chance auf eine Genehmigung.

JASPERS fungierte als technischer Berater für die GD Regionalpolitik und Stadtentwicklung bei der Erarbeitung des Kosten-Nutzen-Analyse-Leitfadens, wobei JASPERS insbesondere zu den praktischen Fragen im Zusammenhang mit Infrastrukturprojekten beitrug und vorbildliche Vorgehensweisen sowie die häufigsten Fehler bei der Durchführung der Kosten-Nutzen-Analyse hervorhob. In Zukunft wird die Kommission gemeinsam mit JASPERS regelmäßige Foren zur Kosten-Nutzen-Analyse einrichten, um vorbildliche Vorgehensweisen und Erfahrungen mit der Durchführung der Kosten-Nutzen-Analyse auszutauschen, damit die Beurteilung von Investitionsprojekten weiterhin verbessert wird.

AUFTAKTVERANSTALTUNG ZUM KNA-LEITFADEN



Im Juli organisierte die Kommission eine Konferenz, um den wichtigsten Interessengruppen den aktualisierten Leitfaden zur Kosten-Nutzen-Analyse von Investitionsprojekten, die durch den EFRE und den Kohäsionsfonds im Programmplanungszeitraum 2014-2020 finanziert werden, vorzustellen.

Die Veranstaltung wollte betonen, was wichtig ist, wenn man die Prinzipien der Kosten-Nutzen-Analyse auf Investitionen anwendet, und wie sie in der Praxis umgesetzt werden sollten. Die Fachreferenten beschrieben die wichtigsten gesetzlichen, verfahrenstechnischen und methodischen Veränderungen im Zusammenhang mit Großprojekten und dem Ansatz der Kosten-Nutzen-Analyse.

Walter Deffaa, Generaldirektor der GD Regionalpolitik und Stadtentwicklung, erklärte, der Kosten-Nutzen-Analyse-Leitfaden habe das Ziel, Genauigkeit mit praktischer Umsetzung zu verbinden.

► SIE KÖNNEN DEN LEITFADEN HIER HERUNTERLADEN
http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/studies/pdf/cba_guide.pdf

► MESSUNG DER FORTSCHRITTE IM HINBLICK AUF EUROPA 2020

Die zehnjährige EU-Strategie für Wachstum und Beschäftigung – Europa 2020 – wurde 2010 ins Leben gerufen, um die Voraussetzungen für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum zu schaffen. Der Europa-2020-Index überprüft Daten aus den ersten vier Jahren der Strategie, um ihre Wirksamkeit als Strategie für die Mitgliedstaaten und Regionen nach der Krise sicherzustellen.

Der Index sieht sich die fünf wichtigsten Zielbereiche der Strategie Europa 2020 an: Beschäftigung, Bildung, Armut, Innovation sowie Klimawandel und Energienachhaltigkeit. Für jedes Ziel ordnet der Index den Mitgliedstaaten, Regionen und Städten einen Wert zu, der sich darauf bezieht, wie nahe sie dem Ziel bisher gekommen sind.

EU-Überblick

Während der ersten vier Jahre der Strategie Europa 2020 konnten im Hinblick auf die meisten europäischen und nationalen Ziele Fortschritte gemacht werden. Aufgrund der Wirtschaftskrise haben sich die Beschäftigungsquote sowie die Armutszahlen in vielen Ländern kaum geändert. Sechs Mitgliedstaaten mussten einen Rückgang ihrer Leistung hinnehmen, wobei Zypern mit neun Indexpunkten den schwersten

Rückgang zu verzeichnet hatte. Griechenland und Portugal verloren jeweils drei Punkte.

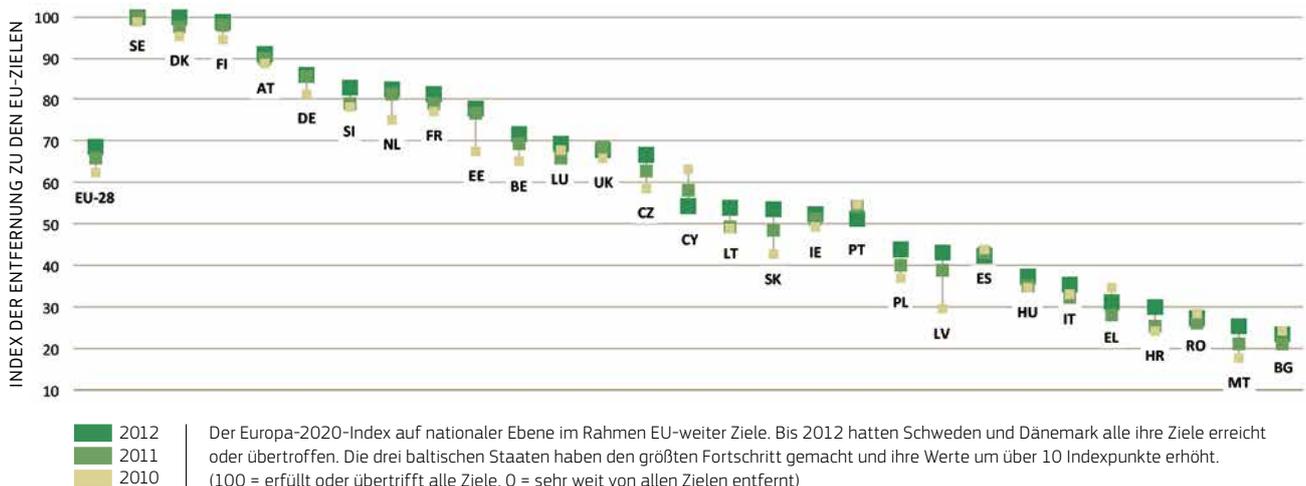
Regionale Wirkung

Die Analyse bietet auch Informationen zu der Frage, wie es um Regionen in der gesamten EU steht. Die Unterschiede in den Leistungen zwischen den einzelnen Regionen – selbst zwischen solchen im selben Land – bieten eine Gelegenheit, vorbildliche Vorgehensweisen zu ermitteln und weiterzugeben.

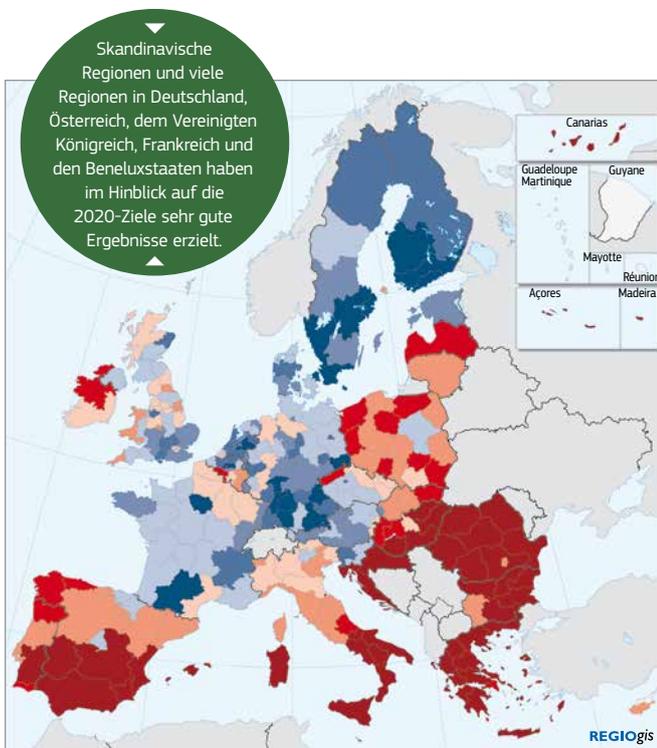
Gemäß den kohäsionspolitischen Kategorisierungen der Regionen sind die Beschäftigungsquoten, die Zahlen für Hochschulbildung und F&E als Anteil am BIP in „weniger entwickelten“ Regionen weit niedriger, während „stärker entwickelte“ Regionen grundsätzlich viel höhere Ergebnisse bei allen Europa-2020-Kennzahlen erreichen.

Darüber hinaus konnte der Index feststellen, dass Hauptstadtregionen oft mit die besten Leistungen in den Ländern erbringen. Der Abstand zwischen der Leistung der Hauptstadt und der zweitplatzierten Region ist in Bulgarien, Rumänien und der Slowakei enorm. Die Hauptstadtregionen Rumäniens und Bulgariens schneiden besser ab als eine Reihe der EU-15-Mitgliedstaaten wie Spanien, Griechenland und Italien. Die Region Bratislava lässt sogar 21 Mitgliedstaaten hinter sich.

EUROPA-2020-INDEX 5 EU-KERNZIELE, 2010-2012

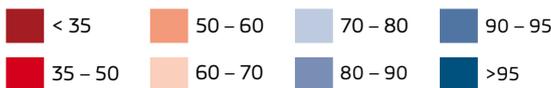


Quelle: Europäische Kommission basierend auf Eurostat- und EWR-Daten



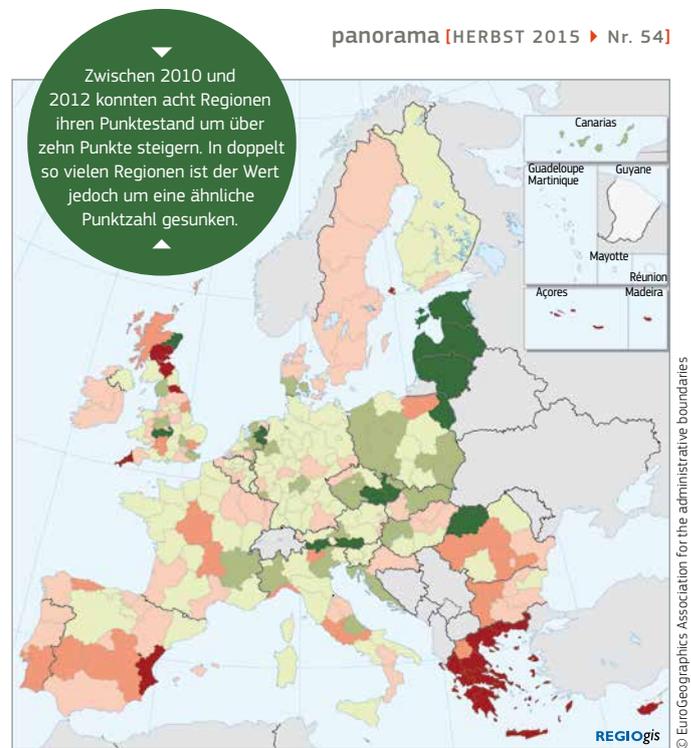
▶EUROPA-2020-INDEX – 4 EU-KERNZIELE, 2012

INDEX DER ENTFERNUNG ZU DEN EU-ZIELEN



100 = erfüllt oder übertrifft alle Ziele
0 = am weitesten von allen Zielen entfernt
EU-Durchschnitt = 71,4

Quelle: Europäische Kommission basierend auf Eurostat- und EWR-Daten



▶VERÄNDERUNGEN IM EUROPA-2020-INDEX – 4 EU-KERNZIELE, 2010-2012

ÄNDERUNGEN IM INDEX DER ENTFERNUNG ZU DEN EU-ZIELEN



>0 = hat Fortschritte im Hinblick auf die Ziele gemacht
≤0 = hat keine Fortschritte im Hinblick auf die Ziele gemacht
EU-Durchschnitt = 3

Quelle: Europäische Kommission basierend auf Eurostat- und EWR-Daten

Die Analyse zeigt, dass Großstädte in dem Index bessere Ergebnisse erzielen als Kleinstädte, Vorstädte und ländliche Gebiete. Die Städte in den Niederlanden, Schweden und Finnland haben die Europa-2020-Ziele für Beschäftigung, Bildung und Reduzierung der Armut bereits erreicht.

Dieser Unterschied ist vor allem darauf zurückzuführen, dass in Kohäsionsstaaten in größeren Städten bessere Beschäftigungschancen herrschen, bessere Leistungen in der Bildung erzielt werden und es weniger Armut gibt⁽¹⁾. Die Städte in Nicht-Kohäsionsstaaten haben dagegen mit mehr Armut und Ausgrenzung sowie niedrigeren Beschäftigungsquoten zu kämpfen, da die Gebildeten und Wohlhabenden in die Vorstädte gezogen sind und die Stadtzentren einen höheren Anteil an armen und arbeitslosen Menschen anziehen.

2020 im Visier

Die Analyse hilft, die Herausforderungen zu erkennen, die einer erfolgreichen Verwirklichung von Europa 2020 zugrunde liegen. Es ist nicht weiter überraschend, dass sie herausgefunden hat, dass die Wirtschaftskrise die Verwirklichung der Ziele für Beschäftigung und Reduzierung der Armut erschwert hat und

dass dies in einigen Ländern auch weiterhin der Fall sein wird. Im Bereich F&E konnten überall erhebliche Fortschritte gemacht werden, die Entwicklung muss sich jedoch steigern, um die 2020-Ziele zu erreichen. Die Innovation ist weiterhin extrem konzentriert und zeigte keine Anzeichen für eine Ausbreitung auf weniger entwickelte Regionen. Die EU hat Fortschritte im Hinblick auf die Ziele für erneuerbare Energien und die Reduzierung der Treibhausgasemissionen gemacht, teilweise ist dies jedoch auf einen Rückgang der Energienachfrage im Zusammenhang mit der Krise zurückzuführen. Der Fortschritt im Hinblick auf das Bildungsziel ist ermutigend, aber eine Rückkehr eines starken Beschäftigungswachstums könnte den Fortschritt behindern.

Im Großen und Ganzen lauten die großen Herausforderungen, die Armut zu reduzieren sowie Beschäftigung und Innovation zu steigern und dabei gleichzeitig die positiven Entwicklungen in anderen Zielbereichen aufrechtzuerhalten. Da die EU-Kohäsionspolitik rund ein Drittel des EU-Haushalts in Schlüsselbereiche im Einklang mit Europa 2020 investiert, wird der Index den Mitgliedstaaten und Regionen eine helfende Hand reichen, damit sie die Wirkung der EU-Mittel maximieren können, indem sie sich auf ihre spezifischen Herausforderungen und Entwicklungsbedürfnisse konzentrieren können.

(1) Länder, die einen Pro-Kopf-BNE unter 90% des EU-Durchschnitts haben und damit im Zeitraum 2014-2020 durch den Kohäsionsfonds förderfähig sind (Bulgarien, Estland, Griechenland, Kroatien, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Portugal, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn, Zypern).

▶MEHR DAZU

<http://europa.eu/!wy97Wg>
Vgl. den Artikel in *Panorama* 52, Seite 24:
<http://europa.eu/!YB78tb>

Gesamtinvestitionen:
2 200 000 EUR
Anteil des JEREMIE-
Holding-Fonds:
700 000 EUR

►GRIECHENLAND

►GRÜNDUNG ERFOLGREICHE JUNGUNTERNEHMEN MIT IKT-RISIKOKAPITAL

Incrediblu nutzt die Informations- und Kommunikationstechnik, um einen Onlinemarkt für Jachtvermietungen im Mittelmeer aufzubauen, sodass jedermann Urlaub auf einer Jacht machen kann.

Incrediblu ist eines von 45 innovativen jungen Unternehmen, die in Griechenland über Risikokapitalfonds durch die JEREMIE-Initiative gegründet wurden. Für die Organisation war der Europäische Investitionsfonds zuständig, die Kofinanzierung erfolgte durch das griechische operationelle Programm für digitale Konvergenz, den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und Privatinvestitionen.

Das vor drei Jahren gegründete Unternehmen Incrediblu hat eine umfassende Plattform entwickelt, welche die Onlinebuchung von Booten ermöglicht und so die traditionelle Vorstellung durchbricht, dass ein Urlaub auf der Jacht teuer ist oder umfangreiche Erfahrung erfordert. Die Online-dienste erlauben Kunden, Reiseziel, Bootstyp und Buchungsdaten auszuwählen. Der Urlauber kann eine Jacht auswählen, die seinen Vorstellungen entspricht, und nach der Buchung stimmt Incrediblu die Reservierung mit einem von 200 erfahrenen Kapitänen ab.

Laut **Antonios Fiorakis**, Gründer und CEO von Incrediblu, haben „Reisende es satt, jedes Jahr den gleichen Urlaub in normalen Unterkünften zu machen. Weltweit gibt es einen enormen Trend hin zu Urlauben abseits der Hotels. Mit Incrediblu erhalten sie Zugang zu einer Urlaubsalternative, die den statischen Blick aus einem Hotelfenster durch den ständig wechselnden Ausblick von einer Jacht zum gleichen Preis ersetzt.“

Nach einem erfolgreichen dreijährigen Betrieb erhielt das Unternehmen eine weitere Finanzierung in Höhe von 1,6 Mio. EUR, die von einem Investorenkonsortium und dem JEREMIE Openfund II bereitgestellt wurde.

Die JEREMIE-Initiative

Zu JEREMIE-IKT-Risikokapitalfonds gehören Investitionen in den grundlegenden Technologietransfer sowie IKT-Unternehmen in der Anfangsphase; sie nutzen so die Strukturfonds der Europäischen Union zur Finanzierung kleiner und mittlerer Unternehmen mithilfe von Eigenkapital. Ziel ist die Entwicklung innovativer Unternehmen, die sich auf Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) spezialisiert haben und zum Wachstum des Ökosystems für das digitale Unternehmertum in Griechenland in der derzeitigen Wirtschaftskrise beitragen.

Heute bietet Incrediblu in Griechenland 850 Jachten an und betreibt insgesamt 2 100 im Mittelmeer, in Kroatien, der Türkei und Spanien. Die neuen Investitionen werden dem Unternehmen helfen, im gesamten Mittelmeer zu expandieren und seine Reservierungen zu vervielfachen. Die Leistung des Unternehmens basiert auf der erfolgreichen Nutzung der JEREMIE-Initiative in Griechenland, die neue Möglichkeiten zur Unterstützung und Stärkung von Offenheit, Innovation und digitalem Unternehmertum sowie die Umstellung auf eine digitale Wirtschaft bietet.

►MEHR DAZU
www.incrediblu.com

▶ DÄNEMARK

▶ JUNGUNTERNEHMEN ENTWICKELT DROHNE FÜR SEERETTUNG UND ÜBERWACHUNG

Ein dänisches Unternehmen entwickelt Spezialdrohnen, die auf See eingesetzt und automatisch auf sich bewegendem Schiffen landen können.

Die CumulusOne ist eine neue Art Hightech-Drohne, die speziell für den Einsatz auf See entwickelt wurde und Aufgaben wie Seerettung, Pirateriewarnung und Umweltstudien unterstützen kann. Dies sind Bereiche, in denen üblicherweise Millionen für Spezialflugzeuge und Helikopter ausgegeben werden.

Das auf dem dänischen Bornholm ansässige Unternehmen Little Smart Things wurde im Januar 2013 gegründet, um ferngesteuerte Lösungen für Luftfotografie und -videoaufnahmen zu entwickeln und sah in maritimen Anwendungen eine wichtige Chance. Um zivile Drohnen für den Einsatz auf See anzupassen, war es nötig, ein sehr robustes Gerät mit einem hochmodernen GPS-System sowie einer automatischen Landefähigkeit zu entwickeln.

In den vergangenen 18 Monaten hat es die Drohne CumulusOne entwickelt, die weniger als zwei Kilo wiegt und deren Rumpf aus Kohlenstofffasern und Kevlar besteht. Sie ist mit einer starren Tragfläche ausgestattet, braucht aber keine Rollbahn und kann in einen senkrechten Sinkflug gehen und auf einer sehr kleinen, sich bewegendem Fläche landen.

Die Drohne kann bis zu drei Stunden in der Luft bleiben und Windgeschwindigkeiten von bis zu 12 Metern pro Sekunde standhalten. Die Drohnen wurden so konzipiert, dass sie selbst auf kleinen Schiffen ohne Helikopterlandeplätze oder anderen Landevorrichtungen aufsetzen können. Die hochmoderne GPS-Technologie und ein maßgeschneidertes Navigationssystem ermöglichen eine voll automatisierte Landung.

Die CumulusOne ist ein vollständig autonomes System in einem Paket. Sobald die Einsatzplanung abgeschlossen ist, wird die Drohne manuell gestartet, sie führt den Einsatz aus und kehrt zurück, woraufhin sie mit hoher Präzision landet. Eine Landebahn ist nicht erforderlich. Diese Fähigkeiten der CumulusOne machen sie zu einem wertvollen Instrument für Aufgaben wie Such- und Rettungseinsätze auf See, die Rettung von Schiffbrüchigen, Eismanagement, Verhinderung von Piraterie und ökologische Überwachung.

Die Drohne ist das Ergebnis der engen Zusammenarbeit der Abteilung für Weltraumforschung der Technischen Universität Dänemark (DTU) und der Universität Aalborg, die dazu beitragen hat, Präzisions-GPS-Sensoren und die mathematischen Modelle für die automatische Landung auf Schiffen zu entwickeln. Die CumulusOne verfügt über einen großen Frachtbereich, der auf bis zu 600 g ausgelegt ist. Es gibt zahlreiche Möglichkeiten für eine weitere Abstimmung auf Kundenwünsche und zukünftige sensorische Nachrüstungen.

Little Smart Things erhielt für die Entwicklung des Projekts eine Finanzhilfe aus dem dänischen Innovationsfonds, einschließlich Unterstützung aus dem EFRE. Gründer und CEO **Esben Nielsen** wurde in Dänemark zum Unternehmer des Jahres 2014 gekürt.

▶ MEHR DAZU

<http://littlesmartthings.com/>



Gesamtkosten:
255 000 EUR
EU-Mittel:
102 000 EUR

TERMINE 2016

JANUAR

_Kroatien (HR)

1. EUSAIR-Jahresforum

JANUAR

_Slowenien (SI)

EUSALP- Auftaktveranstaltung

JUNI

_Brüssel (BE)

Hochrangig besetzte Veranstaltung zur intelligenten Spezialisierung

Weitere Informationen zu diesen Veranstaltungen finden Sie auf unserer Inforegio-Website in der Rubrik „Agenda“:

http://ec.europa.eu/regional_policy/de/newsroom/events/

BLEIBEN SIE IN VERBINDUNG

 http://ec.europa.eu/regional_policy/de/

 www.twitter.com/@EU_Regional

 www.yammer.com/regionetwork
GD REGIO Plattform für Zusammenarbeit

 www.flickr.com/euregional

 Abonnieren Sie unsere REGIOFLASH
www.inforegiodoc.eu

 www.twitter.com/CorinaCretuEU



■ Amt für Veröffentlichungen

Europäische Kommission,
Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung
Kommunikation – Ana-Paula Laissy
Avenue de Beaulieu 1 – B-1160 Brüssel
E-Mail: regio-panorama@ec.europa.eu
Internet: http://ec.europa.eu/regional_policy/de/

